:antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 16.6.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

50 Jahre Bundeswehr – Gelöbnix bundesweit!

50 Jahre Bundeswehr sind für uns eher Anlass, die gesellschaftliche Diskussion um die Aufgaben der (Interventions-)Armee neu zu beginnen, die Umverteilung von Finanzen und Ressourcen zu ziviler Konfliktbearbeitung zu propagieren und die Legitimation der Bundeswehr insgesamt in Frage zu stellen. Wir ermuntern zu Veranstaltungen zum Thema und zu Protestaktionen gegen Waffenschauen, Gelöbnisse und Zapfenstreiche.

„50 Jahre Bundeswehr“ gibt außerdem dem Thema Verteidigungs- vs. Friedenspolitik im Bundestagswahlkampf einen besonderen Stellenwert – zumindest können wir das gewaltige regierungsamtliche Brimborium um die „Friedensarmee“ dazu nutzen, die außen- bzw. verteidigungspolitischen Positionen der Kandidaten stärker zu hinterfragen. Die örtliche Diskussion, ob ein Stadtrat den Marktplatz für das preußische Ritual Zapfenstreich zur Verfügung stellt, können wir mit der Frage an die Bundestagskandidaten verbinden, wohin sie denn die Bundeswehr zu welchem Zweck zu schicken gedenken.

Lasst uns die Aktionsideeen und Informationen zu Gegenveranstaltungen vernetzen und austauschen! Erste Aktivitäten gibt es in Bochum, Köln, Berlin. Wir sind überzeugt, dass es etliche Dutzend werden.

Wir richten auf der Website der Friedenskooperative ein Infosystem zu „50 Jahre Bundeswehr“ ein. ■

http://www.friedenskooperative.de/50bwterm.htm

Kein Vorrang für neofaschistische Demos

Das Bundesverfassungsgericht hat den Antrag der Jugendorganisation der NPD auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt. Diese hatte sich anlässlich einer für den 8. Mai 2005 in Berlin geplanten Demonstration gegen eine ihr erteilte versammlungsrechtliche Auflage gewandt.

Wir dokumentieren die Entscheidung, weil das Gericht den Grundsatz, wer zu erst anmeldet, bekommt auch den Platz, aufgehoben hat. Mit diesem Problem waren sehr oft Anmelder von antifaschistischen Gegendemonstrationen konfrontiert. Ob die Entscheidung hier mehr Spielraum schafft bleibt abzuwarten. Zu kritisieren bleibt aber, dass das Gericht der NPD das Demonstrationsrecht erneut zugestanden hat. *jöd* ■

Die Ausrichtung allein am Prioritätsgrundsatz würde es allerdings ausschließen, gegenläufige Erwägungen zu berücksichtigen. So können wichtige Gründe, etwa die besondere Bedeutung des Ortes und Zeitpunktes für die Verfolgung des jeweiligen Versammlungszwecks, für eine andere Vorgehensweise sprechen. Die Ausrichtung allein am Prioritätsgrundsatz könnte im Übrigen dazu verleiten, Versammlungen an bestimmten Tagen und Orten frühzeitig - gegebenfalls auf Jahre hinaus auf Vorrat - anzumelden und damit anderen potentiellen Veranstaltern die Durchführung von Versammlungen am gleichen Tag und Ort unmöglich zu machen. Dies widerspräche dem Anliegen, die Ausübung der Versammlungsfreiheit grundsätzlich allen Grundrechtsträgern zu ermöglichen.

Der Prioritätsgrundsatz wird aber maßgebend, wenn die spätere Anmeldung allein oder überwiegend zu dem Zweck erfolgt, die zuerst angemeldete Versammlung an diesem Ort zu verhindern. Die zeitlich nachrangig angemeldete Veranstaltung hat allerdings nicht schon deshalb zurückzutreten, weil die geplante Versammlung des Erstanmelders einen Anstoß zur Durchführung der später angemeldeten Versammlung gegeben hat. Aufrufe zu Versammlungen reagieren häufig auf aktuelle Anstöße. Kommt es zu konkurrierenden Nutzungwünschen, ist eine praktische Konkordanz bei der Ausübung der Grundrechte unterschiedlicher Grundrechtsträger herzustellen. Dabei kann die Behörde aus hinreichend gewichtigen Gründen unter strikter Berücksichtigung des Grundsatzes inhaltlicher Neutralität von der zeitlichen Reihenfolge der Anmeldung einer Versammlung abweichen.

Aktenzeichen: 1 BvR 961/05

i **http://www.bundesverfassungsgericht.de/cgi-bin/link.pl?presse**

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Inhalt:

Waffen-SS-Treffen 3
Zum Ostpreußen-Anführer von Gottberg (CDU) 4
Buchbesprechungen 12

Antifaschisten lehnen EU-Verfassung ab

FRANKFURT. Das Erbe des Widerstandes bewahren, das war der leidenschaftliche Appell des 89jährigen Widerstandskämpfers Peter Gingold auf dem Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten am Wochenende in Frankfurt/Main. 180 Delegierte aus allen Teilen der Bundesrepublik diskutierten über die Gefahr des Neofaschismus und über Handlungsschritte und Perspektiven für ein friedliches, soziales Europa. Der Kongress wählte mit großen Mehrheiten den Theologen Prof. Dr. Heinrich Fink und das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Medien Werner Pfennig als gleichberechtigte Vorsitzende der größten antifaschistischen Organisation in Deutschland.

In einem Grußwort betonte Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfs gegen den Neofaschismus in allen seinen Ausprägungen. Dr. Jürgen Richter, Vorsitzender der jüdischen Gemeinden in Hessen und Hans-Jürgen Urban für den Vorstand der IG Metall unterstützten in Grußworten die Anliegen des Kongresses. In einem einmütig angenommenen Leitantrag betont die VVN-BdA u.a. die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags mit seiner Aufrüstungsverpflichtung und sprach sich für ein Verbot von Angriffskriegen und Gewaltandrohung in der Verfassung aus.

Neben den Vorsitzenden Prof. Dr. Heinrich Fink (Berlin) und Werner Pfennig (Stuttgart) sowie den Schatzmeistern Regina Elsner (Hoyerswerda) und Heinz A. Siefritz (Freiburg) wurden zu Bundessprecherinnen und Bundessprechern gewählt: Paul Bauer (Baden-Württemberg), Prof. Dr. Gerhard Fischer (Berlin), Peter Gingold (Hessen), Dr. Regina Girod (Berlin), Richard Häsler (Thüringen), Cornelia Kerth (Hamburg), Ulrich Sander (Nordrhein-Westfalen) und Dr. Ulrich Schneider (Hessen).

Der Bundeskongreß verabschiedete Thesen zu Aufgaben und Politik der VVN-BdA unter der Überschrift: „Für ein antifaschistisches, friedliches und soziales Europa – das Erbe des Widerstandes bewahren – gemeinsam gegen Neofaschismus und Geschichtsfälschung!"

jöd ■

Rechter „Sommerkongreß" in Mainz ?

MAINZ-KOSTHEIM. Am 18. und 19.Juni wollen die Jugendverbände der „Republikaner", der DSU, der FPÖ und des „Vlaams Belang" (der mittlerweile umbenannte rassistische „Vlaams Blok") im Bürgerhaus von Mainz-Kostheim einen gemeinsamen „Sommerkongreß der freiheitlichen Jugend in Europa" durchführen.

Dort soll ein Signal gesetzt werden für ein „gemeinsames Europa der Vaterländer", gemeint ist damit ein Nationalismus auf Gegenseitigkeit, und für die „Einheit aller freiheitlichen und konservativen demokratischen Parteien in Deutschland". Als Teilnehmer der Veranstaltung werden u.a. angekündigt:

Die FPÖ-Bundesfunktionäre Karlheinz Klement und Ute Klitsch, der Fraktionsvorsitzende des „Vlaams Belang" Werner Marginet, in der Vergangenheit auch schon Interviewpartner der DVU-nahen „Deutschen Wochenzeitung", „Republikaner"-Chef Rolf Schlierer, DSU-Bundesvorsitzender Roberto Rink und Götz Kubitschek von dem um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Institut für Staatspolitik".

Angefragt worden ist auch Andreas Mölzer, Herausgeber der rechten Wochenzeitung „Zur Zeit" und einziger Abgeordneter der FPÖ im Europaparlament. Mölzer hatte bereits 2002 ein Positionspapier europäischer Nationalisten verfaßt, das auch von der neofaschistischen NPD begrüßt worden war.

Beginn der Veranstaltung ist Samstag um 11 Uhr, das Ende am Sonntag um 16 Uhr. Die Übernachtungen auf Luftmatratzen sei kostenlos möglich. Es gebe aber auch Jugendherbergen und Gasthöfe in der Umgebung, heißt es in einer Werbeanzeige für den „Sommerkongreß" in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit".

hma ■

Der Einfluß wächst

VATIKAN. Der neue Papst Benedikt XVI. hat seinen engsten Mitarbeiter, den aus dem Schwarzwald stammenden Kleriker Georg Gänswein (48), zu seinem Sekretär ernannt. Gänswein, der 2003 für Kardinal Ratzinger tätig wurde, lehrte fünf Jahre lang nebenamtlich kanonisches Recht an der zur Laienorganisation „Opus Dei" gehörenden Universität „Santa Croce". Der Publizist Robert Hutchison bezeichnet „Opus Dei" in seinem Buch „Die heilige Mafia des Papstes" als „ultrakonservativen Stoßtrupp des Vatikans" und sieht durch die Zunahme fundamentalistischer Kräfte sowohl im Christentum als auch im Islam die Gefahr eines „neuen Kreuzzuges".

Unterdessen wurden in Anwesenheit von 3000 Gästen in Rom weitere 42 Neupriester des „Opus Dei" geweiht. Darunter auch Klaus Zelaya, langjähriger Leiter des „Jugendclub Feuerstein" in Köln-Braunsfeld.

Zu den aktuellen Schwerpunkten des „Opus Dei" in Deutschland äußerte sich jüngst der Regionalvikar des „Opus Dei" in Deutschland, Prälat Dr. Christoph Bockamp, in einem Interview. So seien Mitglieder professionell in der Entwicklungshilfe tätig. Eine Gruppe Studenten bauten Grundschulen in Nicaragua auf.

Ansonsten spezialisiere man sich auf den Alltag. So würden „Kollegen und Freundinnen in kleinen Grundkursen mit ein bis fünf Teilnehmern" geschult. Der katholische „Weltjugendtag" im August in Köln, wo die Prälatur des „Opus Dei" auch ihren Sitz hat, sei „eine einmalige Chance!". Die Frage, ob Benedikt XVI. ein „Papst von Opus Dei Gnaden" sei, bezeichnete Bockamp als „Quatsch". Aber der neue Papst kenne „die Prälatur sicher recht gut".

hma ■

Alte Kameraden

BONN. Der militärische Traditionsverband „Verband deutscher Soldaten e.V." (VdS) hat eine Broschüre zum 8. Mai unter dem Titel „Erlöst und vernichtet zugleich" herausgegeben. Unter den Autoren befinden sich auch Prof. Dr. Emil Schlee („Wessen Krieg war es denn nun eigentlich?"), ehemals Abgeordneter der sog. „Republikaner" im Europaparlament und Autor in zahlreichen Publikationen der extremen Rechten, sowie der

Neuerscheinung!

Organisierter Widerstand im KZ Buchenwald

Aus dem Inhalt:

- **Horst Gobrecht** Warum kämpfen - weshalb gedenken?
- **Artur Roth** Zum 100. Geburtstag von Otto Roth
- **Dr. Ulrich Schneider** Widerstand im KZ Buchenwald
- **Otto Roth:** Die Pläne zur Selbstbefreiung
- Chronik der letzten Tage des KZ Buchenwald
- **Interview mit Lore Wolf:** Otto Roth als Leiter der Betreuungsstelle für politisch, rassisch und religiös Verfolgte
- Kurzbiographie von Otto Roth

Broschüre - 40 Seiten

Einzelpreis 3,00 €, ab 10 Exemplaren 2,50 € pro Stück

Bestellungen an die Herausgeberin (siehe unten)

Einzelexemplare: 4 € in Briefmarken (inklusive 1 € für Porto); ab 10 Exemplare wird portofrei mit Rechnung geliefert.

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V.
c/o VVN-BdA, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt/Main

Waffen-SS-Treffen bei Hamburg

Am Samstag, dem 28. Mai 2005, fand das wohl letzte große Treffen der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) anlässlich des Kriegsendes vor 60 Jahren und des 55-jährigen Jubiläums dieses Alt-Nazi-Verbandes in Büchen/Schleswig-Hostein statt.

Der Landesverband Hamburg der HIAG feierte mit über 300 ehemalige Angehörige der Waffen-SS, auch aus den ausländischen Freiwilligen-Verbänden der SS und Burschenschaftern zum wiederholten Male in der „Waldhalle". Die alten Kämpfer erwiesen sich zum Teil als äußerst rüstig, sie schlugen und traten auf die wenigen anwesenden Journalisten ein, ein alter Recke spuckte gar auf die Kamera. Auch die hohe Konspirativität, strenge Geheimhaltung des Treffpunktes und Schleusung der TeilnehmerInnen, welche man sonst nur von geheimen Rechts-Rock-Konzerten kennt, passt nicht so recht in das Bild eines angeblich harmlosen Traditionsverbandes. Der Hinweis eines ehemaligen Angehörigen der SS-Totenkopfdivision: „Auf das Reich, nicht auf den Führer waren wir eingeschworen. Wir kämpften, wo man uns hinstellte", mag auch nicht so recht als Entlastung gelten. Während die verbandseigene Kapelle spielte, standen vor der Bühne Burschenschafter der Pennalie Chattia Friedberg zu Hamburg in vollem Wichs. Ihre Burschenschaft wird inzwischen vom Hamburger Verfassungsschutz überwacht. Letzterer war übrigens vollkommen ahnungslos, weder über den Hamburger Landesverband der HIAG, noch über die Feier war man informiert.

Wer ist die HIAG?

Die HIAG wurde 1948/49 als Traditionsverband der ehemaligen Waffen-SS in Hamburg von SS-Brigadeführer Otto Kumm (gest. 2004) gegründet, die bundesweite Gründung fand 1950 statt. Schon die Gründung ist ein Skandal gewesen, denn in den Nürnberger Prozessen wurde die SS, einschließlich der Waffen-SS zur verbrecherischen Organisation erklärt, verboten und die Bildung jeglicher Nachfolgeorganisation unter Strafe gestellt. Grundlage des Urteils war die Teilnahme der SS an: „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... Verfolgung und Ausrottung der Juden, Brutalitäten und Tötungen in den Konzentrationslagern, Übergriffe bei der Verwaltung besetzter Gebiete, Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms und Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen" (Urteilsverkündung vom 30.09.1946) In den ersten Jahrzehnten der BRD hatte die HIAG großes Gewicht im Netzwerk der Soldaten- und Traditionsverbände, bis Mitte der 60er Jahre saßen ihre Vertreter in allen maßgeblichen Parteien.

Die Lobbyarbeit der Altnazis war so erfolgreich, dass es spätestens mit der Gründung der Bundeswehr 1955 zur weitgehenden Rehabilitierung der SS kam und von den SS-Verbrechern fast niemand mehr verurteilt wurde. 1962 konnten sie normale Renten und andere Versorgungsleistungen rechtlich durchsetzen, sogar ehemalige baltische SS-Freiwillige beziehen inzwischen Renten vom deutschen Staat, während die Opfer der SS oftmals leer ausgehen, z.b. die zur Zwangsarbeit gezwungenen Kriegsgefangenen der Roten Armee. Mit der gesellschaftlichen und rechtlichen Anerkennung hätte die HIAG eigentlich ihre Gründungsziele erreicht, die „Hilfsgemeinschaft" sich also auflösen müssen. Statt dessen entwickelte sich der Verband konsequent weiter nach rechts-außen. Erst in den 80er Jahren schwand der Einfluss der HIAG und die SPD fällte einen Unvereinbarkeitsbeschluss.

Die Hamburger HIAG

1992 fand die Auflösung des Bundesverbandes der HIAG mit seinen ehemals mehreren zehntausend Mitgliedern statt, und damit auch die Überwachung durch den Verfassungsschutz, obwohl einzelne Landesverbände weiter machten. So ist der Hamburger Landesverband der ehemaligen Waffen-SSler besonders rührig, macht monatliche Treffen mit 80 „Kameraden", hält Gedenkveranstaltungen auf „ihrem Ehrenfriedhof in Vahrendorf" ab und veranstaltet Reisen ins Ausland um ausländische SS-Veteranen zu besuchen. Man unterhält gute Kontakte zu den „Freien Kameradschaften" um Thomas Wulff und das ehemalig verbandseigene Publikationsorgan „Der Freiwillige" erfuhr in den letzten Jahren eine Umstrukturierung, hier kommen jetzt immer öfter Neofaschisten zu Wort. Die neofaschistischen Hamburger Burschenschaften „Chattia Friedberg" und Germania Hamburg warben hier mit Anzeigen. Dass hier eine revisionistische, kriegsverherrlichende Geschichtsbetrachtung gepflegt wird, versteht sich von selbst. Und es verwundert auch nicht, dass das SS-Blättchen 2002 um sachdienliche Hinweise bat, um die Verurteilung des Hamburger SS-Verbrechers Friedrich Engelke abzuwenden.

erk ■

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof („8. Mai 1945: Befreiung oder Niederlage oder was?"), beliebter Festredner bei Burschenschaften und Traditionsverbänden der ehemaligen Waffen-SS und jüngst auch Interviewpartner der „Deutschen National-Zeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey.

Ebenfalls als Publizist versucht sich der Generalmajor a.D. Jürgen Reichardt. Der Präsident des „Bayerischen Soldatenbundes" und Träger des Bundesverdienstkreuzes hat kürzlich eine Schrift mit dem Titel „Soldat in der Nachkriegszeit – Zwischen Kriegsgeneration und Friedensbewegung" veröffentlicht. Der Autor berichte dort „in vorurteilsloser und unbefangener Art und Weise über den deutschen Soldaten der Wehrmacht wie den der Bundeswehr", heißt es in einer Rezension in der Zeitschrift „Der Eckart" der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmanschaft". Dies sei „ein anderes Bild als jenes, das uns von den Medien und Gutmenschen gerne gezeichnet" werde. „Als einer, der noch mit dem preußisch-deutschen Soldatenethos in Berührung" gekommen sei, schmerze Reichardt „die unehrenhafte Behandlung des ehemaligen Wehrmachtssoldaten durch Nachgeborene", so der Rezensent. Erschienen ist Reichardts Schrift im „Verlag Kienesberger" in Nürnberg. *hma* ■

Betont elitär

HERTEN. Mit einer Anzeige in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" wirbt eine „Gesellschaft für Staatsethik" (GfS) für sich. Die in Gründung befindliche GfS versteht sich als „vorläufige Vorstufe einer neuen hierarchisch geordneten, staatstragenden Elite: der Körperschaft der seelischen Staatsführung". Diese wird als ein „naturnotwendiger Ersatz für Adel und Aristokratie" bezeichnet, die „schon seit langem nicht mehr funktionstüchtig" seien. Aufgabe der GfS müsse es sein, „sich um die Belange der darnieder liegenden Gemeinschaftsethik und Kultur zu kümmern". Sie stehe „allen Bürgern" offen, die „dafür die speziellen Voraussetzungen" erfüllten. Als Kontaktadresse wird ein Heinrich Bömken aus Herten angegeben.

hma ■

Neugründung New Right in Großbritanien

LONDON. Am 28. Mai 2005 fand in London das bereits dritte Treffen einer Formation namens New Right ···⁘ ***Seite 6***

Ostpreußen-Anführer von Gottberg (CDU):

Der Holocaust – „Mythos", „Dogma", „jüdische ‚Wahrheit'"

Christian Wulf, niedersächsischer Ministerpräsident, wird sich mit einem Antisemitismus-Skandal in seiner Partei beschäftigen müssen. Wilhelm von Gottberg, CDU-Mitglied, Bürgermeister der Gemeinde Schnega, Mitglied des Kreistages von Lüchow Dannenberg, Sprecher der Ostpreußischen Landsmannschaft und als solcher Stiftungsratsvorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung, muss es sich nicht nur gefallen lassen, dass man von ihm behauptet, er habe in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* die antisemitische Rede Hohmanns öffentlich verteidigt.

Nachdem von Gottberg zunächst im März 2005 beim Landgericht Lüneburg eine Verfügung gegen die Tageszeitung „Neues Deutschland" erbeutet hatte, zog er Anfang Mai seinen Antrag zurück, da das Oberlandesgericht Celle ihm signalisierte, dass er in einem Verfahren keine Chance haben werde.

Der niedersächsischen Landesregierung ist von Gottbergs Verteidigung der antisemitischen Rede Hohmanns bekannt. Laut Statement des zuständigen Ministers, Lutz Stratmann, hielt sie sie für „nicht akzeptabel". „Ich sage das", so der Minister in der Sitzung des niedersächsischen Landtags am 27. Januar 2005, dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, „ganz besonders heute. Antisemitische Grundeinstellungen müssen in jedem Fall in aller Schärfe zurückgewiesen werden."

Bei Recherchen im Archiv des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) fanden sich weitere Aussagen von Gottbergs, mit denen sich die Landesregierung, die niedersächsische CDU und die Bundespartei längst hätten beschäftigen müssen. Darunter ein geschichtspolitischer Text, in dem sich von Gottberg auch Argumentationen aus der Publizistik von Holocaust-Leugnern bediente und den Holocaust mit Begriffen wie „Mythos", „Dogma" und (man beachte die Anführungszeichen) „jüdische ‚Wahrheit'" belegte – Begriffe, die die historische Tatsache der Vernichtung der europäischen Juden in Zweifel ziehen.

Wilhelm von Gottberg bediente sich ihrer im Leitartikel des *Ostpreußenblatts*, in dem er die Lage der Nation im neuen Jahrtausend beleuchtete. Hier ein längeres Zitat aus von Gottbergs Text, mit Zitat im Zitat – so kann man von Gottberg bei seiner Arbeit am Text über die Schulter schauen. Die Passage weist einige Merkwürdigkeiten und Tücken auf, die geduldige Lektüre erfordern:

„Bedeutsam für die Zukunft der Deutschen ist die Frage, wie lange noch die nachwachsende Generation mit dem Makel der Schuld für zwölf Jahre NS-Diktatur belastet wird. Man müsse auch heute tiefe Scham wegen der Ereignisse im Dritten Reich empfingen, so der ehemalige Bundespräsident v. Weizsäcker und auch seine beiden Nachfolger. Nach unserer Meinung ist dies eine intellektuelle Verbrämung der Kollektivschuld-These. Eine Kollektivschuld aber gibt es nicht. Schuld sind nur die Schuldigen. Als wirksames Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen und ihrer Geschichte wird immer noch – auch 56 Jahre nach Ende des Dritten Reiches – der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen. Mario Consoli schreibt in ‚L'uomo libero' Nr. 41/96: ‚Sechs Millionen eine runde schreckenerregende Zahl. Männer, Frauen, Greise und Kinder – alle wurden sie ausgerottet, nur weil sie Juden waren! Der Holocaust ist heute ein Bleigewicht, das für alle Zeiten am Fuß Deutschlands und Europas hängen bleiben soll (...). Jeder noch so fadenscheinige Vorwand (...) ist gut genug, um den Holocaust in Erinnerung zu rufen. Die Propaganda-Dampfwalze wird mit den Jahren nicht etwa schwächer, sondern stärker, und in immer mehr Staaten wird die jüdische ‚Wahrheit' über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt (...). Der Holocaust muß ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt. Bricht dieses Dogma zusammen, gerät nämlich die ganze heutige Deutung des Zweiten Weltkrieges ins Wanken (...). Damit kämen jene Werte wieder zu Ehren, die im Gegensatz zum Internationalismus das Recht der Völker auf Wahrung ihrer Identität und auf Unabhängigkeit gewährleisten.' (Zitiert nach Burschenschaftliche Blätter 2/99, S. 118.)

Wir haben dem nichts hinzuzufügen" (Wilhelm von Gottberg: Zum Geleit: ... und der Zukunft zugewandt. In: Das Ostpreußenblatt 1/2001, S. 1-2).

Festzuhalten ist zuerst, dass sich von Gottberg positiv und zustimmend auf Mario Consoli bezieht. Dafür spricht erstens, dass er das Consoli-Zitat distanzlos mit der neutralen Formulierung „Mario Consoli schreibt" einführt. Zweitens muss die Kommentierung, er habe „dem nichts hinzuzufügen", als Zustimmung verstanden werden.

In diesem Zitat Consolis fallen schon bei der ersten Lektüre einige Formulierungen ins Auge: Da ist, mit abfälligen Anführungszeichen versehen, von einer „jüdischen ‚Wahrheit' über den Holocaust" die Rede. Der Holocaust sei „ein Mythos", „ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen" bleibe. Die Gegenüberstellung vom Holocaust als „Mythos" und sogenannter „freier Geschichtsforschung" entstammt dem Argumentationsarsenal der Holocaustleugner, die ihre obskuren Darlegungen mit dem Euphemismus „freie Geschichtsforschung" bezeichnen.

Diese Formulierungen geben Anlass, die Herkunft des Zitates genauer zu verfolgen – diese Spurensuche führt tatsächlich, wie einige Formulierungen bereits ahnen lassen, ins Milieu der Auschwitz-Leugner. An der angegebenen Stelle in den Burschenschaftlichen Blättern findet sich tatsächlich besagtes Zitat. Es steht dort in einem Artikel von Rudolf Großkopf, der „Kommentar zur Tagung des AfbA über das Strafrecht und die Freiheit der Wissenschaft" überschrieben ist. Großkopf, ein Mitstreiter des Holocaustleugners Germar Rudolf, überliefert den Text des italienischen Rechtsradikalen Consoli etwas ausführlicher als von Gottberg dies tut:

„Die Begriffe ‚Faschist' und ‚Nazi' sind heute jeglichen politischen Inhalts entleert und zu Totschlagvokabeln geworden, mit denen man jeden Gegner niederknüppelt, also jeden, der sich der internationalen und multikulturellen Demokratie entgegenzustellen wagt (...). Mit Hilfe unglaublicher Manipulationstechniken haben es die Sieger des Zweiten Weltkriegs fertiggebracht, nicht nur eine Wiedergeburt des Faschismus und des Nationalsozialismus zu verhindern, sondern auch der traditionellen kulturellen Werte, welche das Leben Europas unzählige Jahre hindurch geprägt haben. Dabei bediente man sich folgender Methode: Man verknüpfte traditionelle Werte wie Liebe zur Heimaterde und zur Familie, Heroismus, Ehrlichkeit, Pflichtbewusstsein und Spiritualismus mit dem Faschismus und dem Nazismus, mit Mussolini und Hitler. Nachdem diese Gleichsetzung erst im Unterbewußtein der Massen verankert war, reichte eine Steigerung der antifaschistischen Propaganda vollkommen aus, um eine Wiedergeburt der für die Machthaber gefährlichen Werte im Keim zu ersticken. Indem man das im 2. Weltkrieg besiegte Europa mit dem Bösen gleichsetzte, erreichte man weit mehr als die bloße Ächtung des Faschismus und des Nationalsozialismus. Man setzte zugleich das ganze Wertesystem außer Kraft, das jahrtausendelang eine Zivilisation von weltgeschichtlich einzigartiger Großartigkeit aufrechterhalten hatte.

Mit Mussolini und Hitler wurden auch Plato und Dante, Macchiavelli [sic] und Nietzsche, Rom und das Heilige Römische Reich an den Pranger gestellt (...). Als wirksames Instrument zur Kriminalisierung des Faschismus und des Nationalsozialismus erweist sich aber seit dem Nürnberger Prozess die Anklage des Völkermordes an den Juden (...). [Ab hier zitiert von Gottberg im Ostpreußenblatt: AS] Sechs Millionen – eine runde, schreckenerregende Zahl. Männer, Frauen, Greise und Kinder – alle wurden sie ausgerottet, nur weil sie Juden waren! Der Holocaust ist heute ein Bleigewicht, das für alle Zeiten am Fuß Deutschlands und Europas hängen bleiben soll (...). Jeder noch so fadenscheini-

ge Vorwand (...) ist gut genug, um den Holocaust in Erinnerung zu rufen. Die Propaganda-Dampfwalze wird mit den Jahren nicht etwa schwächer, sondern stärker, und in immer mehr Staaten wird die jüdische ‚Wahrheit' über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt (...). Der Holocaust muss ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt. Bricht dieses Dogma zusammen, dann gerät nämlich die ganze heutige Deutung des 2. Weltkriegs ins Wanken (...). Damit kämen jene Werte wieder zu Ehren, die im Gegensatz zum Internationalismus das Recht der Völker auf Wahrung ihrer Identität und auf Unabhängigkeit gewährleisten" (Burschenschaftliche Blätter 2/1999, S. 118).

Consolis Text, der in leicht abweichender deutscher Übersetzung auch vom Schweizer Holocaust-Leugner Jürgen Graf überliefert ist, ist deutlich erkennbar im Blick auf die ja auch explizit erwähnte herrschende Gesetzeslage hin formuliert. Entsprechend fallen Sätze, die man bei flüchtiger Lektüre dahingehend missverstehen könnte, als erkenne der Text die historische Tatsache der 6 Millionen ermordeten Juden an. Schaut man genauer hin, erkennt man im Ausgangstext den betreffenden Satz allerdings als bloßes Referat der „Anklage [Hrvh. v.A.S.] des Völkermordes an den Juden" „seit dem Nürnberger Prozess", d.h. als „wirksames Instrument der Kriminalisierung des Faschismus und des Nationalsozialismus". Faschismus und Nationalsozialismus gelten dem Text nicht als per se kriminell, sondern ihre Kriminalität sei erst von den Siegern des 2. Weltkrieges mittels „unglaublicher Manipulationstechniken" durchgesetzt werden. Bei von Gottberg wird dies leicht abgemildert, er paraphrasiert den betreffenden Satz Consolis.

Entsprechend rollt dem Text zufolge bis heute eine „Propaganda-Dampfwalze". Die habe dafür gesorgt, dass in „immer mehr Staaten" Holocaust-Leugnung bestraft werde. Spätestens an dieser Stelle gewinnt der Text deutliche Schlagseite, und dies gilt auch für von Gottbergs durch Zitatschnitt und Paraphrase eines Satzes leicht abgemilderte Version. Denn er spricht nicht von der juristischen Sanktionierung von Holocaust-Leugnung, sondern davon, dass – und hier müssen die diskriminierenden Anführungszeichen Beachtung finden – „die jüdische ‚Wahrheit' über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt" werde. Die historische Tatsache der Judenvernichtung wäre demzufolge lediglich eine „jüdische ‚Wahrheit'", also – wenn Wahrheit, wie dies allgemein geschieht, als universelle (und nicht ethnisch partikulare) Geltung einer Behauptung verstanden wird – keine Wahrheit.

Damit gewinnen auch die folgenden Sätze in von Gottbergs Text ihren Sinn: Die Behauptung, der Holocaust müsse „ein Mythos bleiben", ist keineswegs eine bloß ungeschickte Formulierung, dass die Erinnerung an die Shoah Kern der institutionellen Geschichtsfiktion der Bundesrepublik Deutschlands sei und zur institutionellen Gründungserzählung, („Mythos" im übertragenen Sinn) der Bundesrepublik Deutschland gehöre. „Mythos" steht im vorliegenden Text deutlich als Gegenbegriff zu „historischer Wahrheit"; der nächste Satz macht dies deutlich, denn eine historische Wahrheit bedarf nicht der Erhebung zum Dogma, sie braucht keinen Schutz vor seriöser historischer Forschung: „Der Holocaust muss ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt." Dieser Satz kann nicht mehr als verunglückte Formulierung jenes institutionenanalytischen Grundgedankens über institutionelle Gründungserzählungen gelten, der Text schließt sich nicht der normativen Forderung an, die Erinnerung an die Shoah müsse bleiben, sondern referiert, was er als herrschende Meinung versteht und kritisiert; die herrschende Meinung und ihr Niederschlag in der Gesetzgebung fixierten dem Text zufolge nämlich ein „Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt" – eine äußerst merkwürdige Interpretation der Gesetzeslage und der Rechtssprechung, die keineswegs seriöse und in ihren Interpretationen der Tatsachen pluralistischen Forschung über die Vernichtung der europäischen Juden verbietet, sondern lediglich die mit wissenschaftsförmig aufbereiten Pseudobestreitungen historischer Tatsachen arbeitende antisemitische Propaganda von Scharlatanen und Amateurhistorikern unter Strafe stellt.

Gewiss würde von Gottberg empört bestreiten, dass er sich mit diesem Text auf die Seite der Holocaust-Leugner stelle und dabei vermutlich darauf verweisen, dass in seinem Text doch vom „Völkermord" (als Tatsache) und nicht bloß, wie bei Consoli, von der „Anklage des Völkermordes" die Rede ist, dass in seinem Text – im Zitat Consolis – die sechs Millionen Opfern angesprochen werden, und dass eingangs des Textes auch vom „unbegreiflichen Holocaust" die Rede ist. Nur stehen diese Aussagen, versteht man sie wohlwollend als Anerkennung der historischen Tatsachen, in krassem Widerspruch zum dann folgenden: Wenn von Gottbergs Text die Vernichtung von sechs Millionen Juden als eine historische Tatsache ansieht, dann kann diese Wahrheit nicht wenige Zeilen später zur „jüdischen ‚Wahrheit'", zum „Mythos" und zum „Dogma" heruntergeredet werden, denen Ergebnisse der „freien Geschichtsforschung" entgegengestellt werden. Da der Text die Vernichtung der europäischen Juden zu einer „jüdischen ‚Wahrheit'", einem „Mythos" und einem „Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen" bleibe, erklärt, bleibt der Verdacht, dass die knappen Hinweise auf den Völkermord und die Opferzahl als bloße Schutzbehauptungen fungieren.

Zudem zielt sein Text ja auf die Reetablierung der Werte, die „wieder zu Ehren" kämen, wenn das „Dogma" zusammenbrechen würde:

„Der Holocaust muss ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt. Bricht dieses Dogma zusammen, dann gerät nämlich die ganze heutige Deutung des 2. Weltkriegs ins Wanken (...) Damit kämen jene Werte wieder zu Ehren, die im Gegensatz zum Internationalismus das Recht der Völker auf Wahrung ihrer Identität und auf Unabhängigkeit gewährleisten."

Wie gesehen, kommentierte von Gottberg sein ausführliches Zitat mit der zustimmenden Formel „Wir haben dem nichts hinzuzufügen." Man mag ihm angesichts dieses Satzes fast einen Sinn für Ironie zugestehen, denn die harte Eingangspassage im Consoli-Zitat in den *Burschenschaftlichen Blättern* ließ er weg. Es blieb dennoch genug übrig: von Gottberg würzt seinen Ausblick auf die deutsche Nation im neuen Jahrtausend mit einer ganz kräftigen Prise vom Salz des harten Geschichts-„Revisionismus". Einem Leser des *Ostpreußenblatts* war dies ein großes Lob wert: Prof. Dr. h.c. Hans Rothe aus Bonn sprach in einem Leserbrief von einem „großen Leitartikel [...], in dem Wilhelm v. Gottberg die Analyse der Zukunft ganz unverhüllt gibt, dazu mit dem lesenswerten Zitat von Mario Consoli über Wahrheitsfindung".

Trotz dieses geschichtspolitischen Ausfalls und manch anderer politischer Positionen von Gottbergs, die geeignet sind, das gute nachbarliche Verhältnis zu Polen und die Beziehungen zu Russland zu stören und das friedliche Zusammenleben in Europa zu gefährden, gilt von Gottberg prominenten Christdemokraten bisher als guter Umgang. So hielt der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm am 22. April 2005 beim „Königsberg-Kommers", der von der Deutschen Burschenschaft und der Ostpreußischen Landsmannschaft unter Vorsitz Wilhelm von Gottbergs veranstaltet wurde, trotz vorheriger deutlicher Hinweise auf die Verstrickungen der Veranstalter ins rechtsextreme Milieu die Festrede. Und Sachsen Ministerpräsident Georg Milbradt war Festredner beim jüngsten Ostpreußen-Treffen in Berlin, bei dem die Landsmannschaft ihren Sprecher von Gottberg mit dem Preußenschild auszeichnete. Wer auf die Stimmen der organisierten Vertriebenen zählt, muss wohl die Rede eines Ostpreußen-Hardliners vom Holocaust als „Mythos" übersehen oder in Kauf nehmen.

Alfred Schobert ■

Der Autor ist Mitarbeiter beim Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

zuerst auf www.hagalil.com, hier redaktionell bearbeitet und stark gekürzt

VVN-BdA NRW wendet sich an die Landesdatenschutzbeauftragte

Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschlagnahmung oder das Kopieren von Computern untersagt, soweit damit Daten von Anwälten, Steuerberatern, Journalisten und Ärzten erfasst sind, die für die Ermittlungen nicht relevant sind. Die VVN-BdA hat diesen am 8. Juni 2005 bekanntgegebenen Beschluß des 2. Senats in Karlsruhe begrüßt.
Sie forderte die Gerichte und Staatsanwälte, die das computergestützte Archiv des nordrhein-westfälischen Landessprechers der VVN-BdA, des Journalisten Ulrich Sander, beschlagnahmt haben, zur unverzüglichen Rückgabe aller dieser Daten auf. Dies wurde auch in einem Brief der VVN-BdA NRW an den Landesdatenschutzbeauftragten gefordert, der bisher die nun als verfassungswidrig erkannte Praxis der nordrhein-westfälischen Justiz nicht beanstandet hatte. Zugleich wurde von der VVN-BdA die Aufhebung des § 18 des Bundesverfassungsschutzgesetzes aus dem Jahre 1997 verlangt, der es der Justiz auferlegt, Daten „von sich aus" an die Geheimdienste weiterzugeben. *U.S.* ■

Sehr geehrte Frau
Landesdatenschutzbeauftragte!
Erneut möchten wir uns an Sie wenden, um Hilfe gegenüber der Vorgehensweise der Justiz und des Staatsschutzes mit den Daten unserer Organisation und des Journalisten Ulrich Sander aus Dortmund, Landessprecher unserer Organisation, zu erlangen.

Die Justiz hatte eine Strafanzeige unserer Organisation gegen 200 mutmaßliche Kriegsverbrecher nicht etwa zum Anlass für Ermittlungen gegen die Mordverdächtigen genommen, sondern es wurde ab Frühjahr 2003 gegen uns, gegen diejenigen ermittelt, die Anzeige erstattet hatten. Die Justiz und das Innenministerium haben sich unter einem Vorwand am 3. Dezember 2003 die Daten unserer Vereinigung angeeignet und bisher nicht wieder herausgegeben. Zudem wurde das Zeugnisverweigerungsrecht des Journalisten Ulrich Sander erheblich verletzt. Inzwischen wurde das Verfahren, das unter „Amtsanmaßung" (begangen angeblich durch Ulrich Sander) begann und später klammheimlich in „Verleumdung" umgewidmet wurde, eingestellt.

Denn jetzt – nach über zwei Jahren – erhielt Ulrich Sanders Anwalt folgendes Schreiben der Staatsanwaltschaft: (Staatsanwaltschaft Dortmund, Gerichtsplatz 1, 44135 Dortmund)

Ermittlungsverfahren gegen Ulrich Sander wegen Verleumdung. 155 Js 261/03

Es wird mitgeteilt, dass das Verfahren gemäß § 170 Absatz 2 der Strafprozessordnung eingestellt worden ist. Wegen der weiteren Behandlung der hier gefertigten Festplattenkopie ergeht eine gesonderte Mitteilung.
Hochachtungsvoll - Bittner, Staatsanwalt
Beglaubigt ...

Der Paragraph bedeutet: Die Staatsanwaltschaft muss das Verfahren einstellen, wenn es keinen die Anklage rechtfertigenden Verdacht gibt.
Wir stellen fest:

1. Es hat offenbar nie einen handfesten Verdacht wegen „Amtsanmaßung" gegeben, weshalb plötzlich – und davon war nie die Rede – auf „Verleumdung" umgestellt wurde. Aber hätte „Verleumdung" die Maßnahmen gegen Sander und die VVN-BdA gerechtfertigt? Und ist es eine Verleumdung, gut begründete Anzeigen gegen mutmaßliche Täter zu erstatten?
2. Noch immer halten die Staatsanwaltschaft und der Staatsschutz der nordrhein-westfälischen Polizei, und damit das Landesinnenministerium, die Festplattenkopie mit Ulrich Sanders gesamten Archiv und mit den Informationen der VVN-BdA zurück. Auf Ulrich Sanders Forderung, diese Kopie zurückzugeben und zu erklären, dass es keine weiteren Kopien mehr gibt, reagiert die Staatsanwaltschaft auch nach 20 Monaten mit Ausweichen.

Jetzt wurde noch eins draufgesetzt. Die RUHRNACHRICHTEN, Dortmund, berichteten am 31. Mai 2005 „‚Wir haben wegen Verleumdung und Amtsanmaßung ermittelt', stellt Oberstaatsanwältin Dr. Ina Holznagel klar. Weil die Gefahr bestand, dass der Briefkopf der Behörde weiterhin missbräuchlich genutzt wird, seien die Durchsuchungen angemessen gewesen. Die Staatsanwaltschaft ging so-

---

statt, die sich ideologisch einerseits an den früheren Arbeiten der französischen Nouvelle Droite orientiert, andererseits deutlich nationalrevolutionär geprägt ist. Frühere Versuche in dieser Richtung waren in Großbritannien stets erfolglos geblieben, wenn man von dem kurzlebigen und wenig einflussreichen Ansatz der Gruppe „IONA" um Michael Walker, den Herausgeber der bis heute erscheinenden Zeitschrift „Scorpion", absieht. Kopf und treibende Kraft der aktuellen Unternehmung ist Troy Southgate, der aus der Third Position, einem Spaltprodukt der National Front, stammt, später die Kleingruppe National Revolutionary Faction ins Leben rief und sich aktuell als „National-Anarchist" definiert. Zudem wird eine gleichnamige Mailingliste durch Southgate, zugleich Mitglied der Neofolk-Band „H.E.R.R.", moderiert.

Bei dem aktuellen Treffen sprach der Schriftsteller Alexander Baron, der mehr durch antisemitische Pamphlete denn durch seine Sonette einen gewissen Bekanntheitsgrad erhalten hat, zu der Frage, ob wirklich eine islamische Gefahr bestünde. Baron gehört zu jener Fraktion der extremen Rechten, die ein Bündnis mit dem politischen Islam befürwortet, da der Gegner der gemeinsamen Doppelfeinde Israel/USA automatisch ein Freund sei.

In deutlicher Anlehnung an den ehemaligen GRECE-Ideologen Guillaume Faye referierte Alisdair Clarke über „Arischen Futurismus". Mit weniger dick aufgetragenem Rassenbezug nennt sich der Ansatz bei Faye in seinem gleichnamigen Buch „Archäofuturismus". Einen weiteren historischen Referenzpunkt wählte der Malteke Norman Lowell mit seinem Beitrag „Imperium Europa: Eine einigende Idee". Er bezog sich auf den US-Amerikaner Francis Parker Yockey, der bereits früh ein Reich Europa forderte und dabei nationalbolschewistische Positionen vertrat. Die letzte Ansprache kam von Jonathan Bowden, einem Vorstandsmitglied der New Right, der Ernst Jünger als Konservativen Revolutionär vorstellte. Zwar bewegt die Neugründung New Right bisher keineswegs Massen, doch ist dies wohl auch nicht die Absicht und die Teilnahmezahlen sind mit ca. 50 Personen bisher konstant. Ob sich die New Right etablieren kann oder ob ihr ein ähnlich klägliches Ende wie IONA beschieden sein wird, muss sich erst noch erweisen. *Jean Cremet* ■

München und Dorfen: Schwere Zeiten für NazigegnerInnen

MÜNCHEN/DROFEN. In Dorfen kam es heute zu zahlreichen Protesten gegen eine NPD-Kundgebung. Ein großes Polizeiaufgebot setzte die rechtsextremistische Versammlung gegen die Proteste mehrere hundert GegendemonstrantInnen durch. Es kam zu bis zum späten Nachmittag zu mindestens neun Verhaftungen. Schon am Donnerstag, den 2.6.05, kam es in München vor mehreren

gar noch weiter: Die gefälschten Briefe ließ die Behörde beim Landeskriminalamt auf DNA-Spuren untersuchen und beantragte beim Amtsgericht eine Speichelprobe von Ulrich Sander. Das Gericht lehnte ab, die LKA-Kontrolle schlug fehl: Die Briefmarken waren selbstklebend. Sander ärgert weiterhin, dass er die beschlagnahmten Computerdaten nicht zurückbekommt. Holznagel: ‚Wir haben sie legal erhoben. Man kann ja auch nicht verlangen, dass eine Ermittlungsakte vernichtet wird.'"

Daraus ist abzuleiten:

1. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft hat vermutlich von sich aus nach § 18 des Bundesverfassungsschutzgesetz dem Bundesamt für Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten, so Verfassungsschutz NRW, die Daten aus Sanders Computer übermittelt. Damit sind Mitgliedslisten, Buchführung der VVN-BdA und andere Informationen, die alle mit dem Fall nichts zu tun haben, nun in den Händen von Behörden, die sie zum Schaden unserer Organisation und ihrer Mitglieder verwenden können. (zu § 18 siehe Anmerkung)
2. Der Computerinhalt wurde der Ermittlungsakte beigefügt. Damit steht er den Anwälten aller Beteiligten zur Verfügung. Somit bekommen die Anwälte von Nazis und Neonazis das Material, das ihnen für ihren Anti-Antifa-Terror dienen kann.
3. Mit dem Material von Sanders Computer wurde nicht verhältnismäßig umgegangen. Das Bundesverfassungsgericht hat unserem Anwalt schriftlich (2 BvR 941/04 vom 23. 9. 04) mitgeteilt, dass „die richterliche Durchsuchungsanordnung keine bloße Formsache" sein dürfe. Das heißt: Einmal „Amtsanmaßung" und mal „Verleumdung" als Begründung für den „schwerwiegenden" Eingriff in die „grundgesetzlich geschützte Lebenssphäre" des mit Hausdurchsuchung Überzogenen zu nennen, weist auf die Beliebigkeit hin, mit der Amtsgericht und Staatsanwaltschaft gegen Sander und die VVN-BdA vorgegangen sind. Es ist anzunehmen: Man wollte sich nur den Computerinhalt erschleichen, alles andere ist schmückendes Beiwerk.
4. Die Beschlagnahmen erfolgten in einem Ausmaß, das mit der kompletten Beschlagnahme eines ganzen Archivs und fast aller Akten einer Organisation und eines Journalisten vergleichbar ist. Das Bundesverfassungsgericht teilte nämlich ferner mit: Die Beamten hätten die „Durchführung der Eingriffsmaßnahme messbar und kontrollierbar zu gestalten", und es muss zu einer „angemessenen rechtsstaatlichen Begrenzung der Durchsuchung" kommen. Das war nicht der Fall. Einen Computer mit gesamten Inhalt zu beschlagnahmen, bedeutet auch, dass ins Blaue hinein ermittelt wird nach dem Motto: Irgend etwas Brauchbares, das zur Anklage führen kann oder das den Geheimdiensten nützlich ist, wird schon herausspringen.

Es wird noch immer behauptet, der Briefkopf der „Zentralstelle" für die Verfolgung von NS-Verbrechen sei nur durch uns einem möglichen Fälscher zugänglich zu machen gewesen. Das ist falsch. Wenn man uns einmal vor der Hausdurchsuchung gefragt hätte, so hätten wir die korrekte Auskunft gegeben: Der Brief des Oberstaatsanwalts Ulrich Maaß an die VVN-BdA vom 3.2.2003, der sowohl inhaltlich wie auch gestalterisch die Grundlage für die Fälschung von Briefen des Staatsanwaltes an Beschuldigte abgegeben haben soll, ist von uns ins Internet gestellt und als Kopie in Pressemitteilungen verbreitet worden. Viele konnten daher Urheber der Fälschung sein – Ulrich Sander und ein anderer Vertreter der VVN-BdA waren es jedenfalls nicht.

Im übrigen verweisen wir auf den jetzt vorliegenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. April 2005 (2 BvR 1027/02), der die Beschlagnahme des gesamten Datenbestandes eines Anwalts – und das muss ja wohl auch für Journalisten und gemeinnützigen Organisationen gelten – in sehr engen Grenzen neu regelt. (Pressemitteilung vom 8.6.05 Nr. 47/2005) (siehe dazu Anmerkung)

Seinerzeit haben Sie, sehr geehrter Herr Datenschutzbeauftragter, mitgeteilt, Sie könnten und wollten uns nicht helfen. Im Lichte der neuen Entwicklung in Dortmund und Karlsruhe, dürfte diese Ihre Auskunft nicht mehr zutreffen.
Bitte schützen Sie die Rechte unserer Organisation und unseres Landessprechers. Helfen Sie dabei, die Daten an uns zurückzugeben und jede Kopie zu vernichten.

Mit freundlichen Grüßen
Uli Sander,
Geschäftsführer des Landesausschusses der VVN-BdA NRW.

Gaststätten zu Protesten gegen Naziversammmlungen. Nach einer Auseinandersetzung zwischen NazigegenerInnen und NeofaschistInnen kam es zu insgesamt 15 Festnahmen durch die Polizei. Ein Journalist wurde verhaftet, nachdem der Münchner Neonazi Normand Bordin in einer Internet-Veröffentlichung als Rädelsführer diffamierte.

Dorfen: Polizei setzt Nazipropaganda durch – Für den heutigen Samstag hatten Neonazis der NPD sowie aus dem Umfeld der Kameradschaft München einen Aufmarsch unter dem Motto „Kriminellen keine Plattform bieten! JZ Dorfen schließen!" angekündigt. Circa hundert RechtsextremistInnen sahen sich dabei mehreren hundert Gegendemonstranten gegenüber. Nachdem der Abmarsch der rechten Versammlung eine Stunde verzögert wurde, setzten mehrere hundert PolizistInnen den Aufmarsch durch. Bei Straßenräumungen kam es immer wieder zu Polizeiübergriffen, Schlagstockeinsätzen und Festnahmen. Den ganzen Tag über mussten sich vermeintliche NazigegnerInnen den übliche Polizeimaßnahmen wie Personenkontrollen und Taschendurchsuchungen unterziehen. Zahlreiche auf die Protestveranstaltungen gerichtete Polizeikameras rundeten das Bild ab. Angriffsziel der Nazipropaganda ist das selbstverwaltete Dorfener Jugendzentrum. Im Gegensatz zu vielen anderen ländlichen Regionen ist es in Dorfen bisher nicht gelungen, eine rechte Jugendkultur zu etablieren.

Das größte Hindernis sehen die RechtsextremistInnen wohl im Jugendzentrum Dorfen (www.jz-dorfen.de). Schon die Tage zuvor gab die Stadt Dorfen den Neonazis inhaltlich Rückendeckung, indem sie dem Jugendzentrum untersagte, einen „antifaschistischen Biergarten" sowie ein „Konzert gegen Rechts" zu veranstalten.

München: Proteste gegen Naziversammlungen führen zu Verhaftungen – Für den vergangenen Donnerstag abend hatte der rechtsextreme „Politische Informations Club" eine Veranstaltung in der Giesinger Gaststätte „Zur Freundschaft" geplant. Diese wurde – mehrere Dutzend AntifaschistInnen hielten vor dem Lokal eine Protestkundgebung ab – vom Wirt abgesagt. Der „PIC" verlegte seine Versammlung daraufhin in ein Lokal am Münchner Ostbahnhof. Zeitgleich trafen sich Neonazis in der Laimer Gaststätte „Waldfrieden", darunter der Anführer der Kameradschaft München, Norman Bordin. Als mehrere AntifaschistInnen unter „Nazis raus"-Rufen das Lokal betraten, kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen den NazigegnerInnen und anwesenden Neonazis. Die später eintreffende Polizei nahm im weiteren Umfeld des Lokals elf Personen fest, am Ostbahnhof wurden drei weitere Menschen festgenommen. (Nach Polizeiangaben wurde auch gegen zwei Personen Untersuchungshaft verhängt, diese Information kann vom Er- ···⁘ ***Seite 8***

mittlungsausschuss der Roten Hilfe bis zum Samstag abend nicht bestätigt werden.)

Polizei sieht Nazis offenbar als Hilfspolizisten – Die Polizei übernahm danach einfach die Darstellung der Neonazis: Nach deren Informationen hätten die eindringenden NazigegnerInnen mit Stühlen und Aschenbechern geworfen (vgl. Pressebericht der Polizei vom 3.6.05). Die Darstellung der AntifaschistInnen sieht anders aus: Sie selbst seien kurz nach Betreten der Lokals „Waldfrieden" mit Reizgas, Stühlen und Wurfgeschossen attackiert worden. Auch genügt der Polizei offenbar die bloße Einordnung als Nazigegner, um auch am anderen Ende der Stadt Festnahmen zu rechtfertigen, und diese dann im Nachhinein in Zusammenhang mit den Ereignissen in Laim zu stellen.

Noch dreister ging die Münchner Polizei unter Führung des Staatsschutzdezernates im Laufe der Nacht vor. Der Rechtsextremist Norman Bordin veröffentlichte in einem Internet-Beitrag die Aussage, „‚Dr.' Nikolaus Brauns scheint Drahtzieher dieses Überfalles zu sein".

Der Journalist und Antifaschist Dr. Brauns war in der Vergangenheit schon mehrfach Opfer rechter Diffamierungen und Bedrohungen. Diese bloße Diffamierung eines bekannten Neonazis reichte der Polizei als Beweismittel, um Herrn Brauns in seiner Wohnung zu verhaften, diese zu durchsuchen und zahlreiche Dinge zu beschlagnahmen, darunter Computer, Notebook, Handy, Terminkalender und zahlreiche journalistische und private Notizen. Juristisch begründet wurden die Durchsuchung und Beschlagnahmungen mit „Gefahr im Verzug". Fünf(!) Stunden nach dem ursächlichem Vorfall wurde kein richterlicher Beschluss eingeholt. Dass diese Vorgehensweise der Polizei höchstrichterlichen Urteilen widerspricht, scheint im Münchner Polizeipräsidium niemanden zu stören.

Offensichtlich sind sich Münchner Polizei und Neonazis einig über den gemeinsamen Feind: In Zukunft könnten also willkürliche Beschuldigungen durch Neonazis ausreichen, um zu Verhaftungen, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Gerichtsverfahren gegen NazigegnerInnen zu führen. Bedrohlich schient dies auch, nach dem Münchner Nazis schon seit längerem gezielt Fotos und persönliche Daten von NazigegnerInnen sammeln.

Paula Schreiber, Pressesprecherin der Roten Hilfe: „Wir protestieren aufs Schärfste, dass die Münchner Polizei mittlerweile Nazis als Hilfspolizisten sieht und deren willkürliche Beschuldigungen zu Verhaftungen und Hausdurchsuchungen führen. Offensichtlich sieht die Polizei die Gefahr nicht bei den Neonazis, deren Vorläuferorganisation Bombenanschläge vorbereitete, sondern bei NazigegnerInnen, die dem braunen Treiben Einhalt gebieten wollen."

Die Rote Hilfe e.V. fordert die Einstellung aller Verfahren, die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände sowie die Löschung der angefertigten Daten!

http://de.indymedia.org/2005/06/118885.shtml

Rote Hilfe e.V. – Ortsgruppe München, Spendenkonto: Nr. 220 16-803, Postbank München, BLZ 700 100 80 ■

Köln: Rechte Mahnwache vor Polizeipräsidium

KÖLN. Zwei Großraumtaxen reichten aus um die 19 Teilnehmer(innen) einer Mahnwache der rechtspopulistischen Gruppierung Pro Köln nach Beendigung ihrer Aktion abzutransportieren. Mit Tafeln auf denen zur „Solidarität mit Dieter Klinger" aufgerufen wurde hatten sie sich vor dem Kölner Polizeipräsidium aufgebaut um den Skandal um den stellvertretenden Polizeipräsidenten auszuschlachten. Klinger, der einer fundametalistisch-christlichen Freikirche angehört, war vor einigen Wochen in die Kritik geraten, weil er sich in einer Rede rassistisch geäußert hatte.

Vergeblich hatte die Führung der Kölner Polizei versucht, die peinliche Solidaritätsaktion zu verbieten. Ihre Begründung war allerdings so an den Haaren herbeigezogen, dass das Verwaltungsgericht das Verbot aufhob. Zu ihrem Schutz hatte die Polizei allerdings zehn Mannschaftswagen in Stellung gebracht. Ein Bündnis antifaschistische Organisationen und Personen hatte zu einer Kundgebung einige hundert Meter entfernt aufgerufen und protestierte sowohl gegen die Provokation der Rechten als auch gegen die Law-und-Order-Politik der Ordnungshüter, an die Pro Köln argumentativ anknüpfen kann. Dort wies u.a. Özlem Demirel, Ratsvertreterin der PDS, Klingers rassistische Positionen zurück.

tri ■

Protest gegen Preisverleihung für Gauck

FRANKFURT. Etwa 25 AntifaschistInnen haben am Mittwoch abend vor dem Frankfurter Rathaus gegen die Ehrung für den ehemaligen Leiter der Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen, Joachim Gauck protestiert. In Redebeiträgen warfen sie ihm vor, eine Relativierung des Nationalsozialismus zu betreiben. Ausserdem diffamiere er den Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Die Demonstranten verteilten Flugblätter und hielten ein Transparent mit der Aufschritt „Opa war ein Nazi - Deutsche Täter sind keine Opfer!"

Die Sprecherin der antifa [f], Sahra Brechtel, erklärte zu der Aktion: „Joachim Gauck steht beispielhaft für die aus der Mitte der Gesellschaft betriebene Umdeutung der deutschen Geschichte. Diese bereitet erst den Boden für die Aktivitäten der rechtsextremen NPD und deren Gerede vom „Bombenholocaust"."

pm ■

Stadt Jena und Polizei werfen der NPD das Versammlungsrecht zum Fraß vor

JENA. Ordnungs- und Rechtsamt der Stadt Jena gebärden sich wie die Opfer von Gesetz und Justiz, sind aber in Wirklichkeit selbst bereit, den Ausverkauf grundgesetzlich geschützte Güter wie des Demonstrationsrechts mit leichter Hand einzuläuten.

Wenn die Stadt Jena jetzt behauptet, sie sei vom Oberverwaltungsgericht Thüringen (OVG) gezwungen worden, die Nazi-Veranstaltung „Fest der Völker" auf dem Gries zu genehmigen, obwohl dort bereits zwei antifaschistische Veranstaltungen angemeldet waren, so ist das schlicht gelogen!

Vertreter der Stadt Jena haben selber am Donnerstag, 9.6.05, den Gries als Ausweich-Standort für das umstrittene Nazifest in mündlicher Verhandlung vor dem OVG vorgeschlagen. Sie wussten, dass sie damit gegen das Erstanmelder-Privileg gleich zweier gegen die Nazi-Veranstaltung gerichteter Veranstalter verstießen! Mehr noch, das nicht ortskundige OVG war guten Glaubens, dass – nach Einschätzung der in der Verhandlung vertretenen Polizei und Ordnungsbehörde – beide rivalisierenden Veranstaltungen auf dem Gries mit entsprechender räumlicher Trennung möglich sein könnten. (Zitat aus OVG-Entscheid siehe unten.) Welcher Art diese, im Eilverfahren höchst unübliche Anhörung auch gewesen ist und wer daran teilgenommen hat (etwa auch das Innenministerium?), im Ergebnis sind in Gutsherrenmanier die Rechte der betroffenen Anmelder missachtet worden.

Tatsache ist, dass auf dem Gries seit langem (18.2.05) eine Kundgebung zum Gedenken an die Massaker von Wehrmacht und SS (u.a. in Distomo, Oradour sur Glane, Lidice) für den 11. Juni 05 angemeldet war und dass am 3.6.05 in Absprache mit den „ersten Erstanmeldern" die Auftaktkundgebung einer antifaschistischen Demonstration „Gegen Geschichtsrevisionismus und die Verherrlichung des Nationalsozialismus" dort noch zusätzlich von der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus Weimar angemeldet worden ist.

Wenn die Stadt nach der OVG-Entscheidung in Absprache mit der Polizeidirektion ausgerechnet den GegendemonstrantInnen unter Missachtung ihrer Grundrechte die Nazis vor die Nase setzt, so ist das als zynische Provokation und Aufkündigung jeglicher Kooperation

Frankreich – Neue Immigrations- und Integrationspolitik

Zuckerbrot und Peitsche

Die regierende konservative Einheitspartei UMP (gegründet 2002 neue Sammlungsbewegung von Neogaullisten, Liberalen und Marktradikalen) bereitet sich darauf vor, das Thema „Immigration" in den kommenden Monaten erneut in den Mittelpunkt zu rücken. Premierminister Dominique de Villepin, der sich „100 Tage Zeit, um zu überzeugen" gegeben hat und möglicherweise nur eine Übergangsregierung anführt, hat die ersten Tage seiner Amtszeit vor allem zu Ankündigungen in den beiden Problembereichen „Beschäftigungspolitik" und „Einwanderung" gewidmet. Nach der Regierungserklärung vom Mittwoch, 8. Juni folgte am Donnerstag, 9. Juni ein Seminar der Regierungspartei UMP zum Thema „Immigration". Ton angebend war hier sein große Rivale, der amtierende Innenminister und gleichzeitige UMP-Chef Nicolas Sarkozy.

Die französischen Sozialdemokraten sind der Ansicht, dass die bürgerliche Rechte es wahrscheinlich sogar zu einem der zentralen Wahlkampfthemen für das „Superwahljahr" 2007 machen wolle. Im übernächsten Jahr finden in Frankreich die kommenden Präsidentschafts- und wenige Wochen später die Parlamentswahlen statt, in einem knapp Jahr Abstand gefolgt von den frankreichweiten Rathauswahlen.

Die Grundlagen der künftigen Einwanderungspolitik

Der neue „Superstar" der konservativen Rechten, Nicolas Sarkozy, will die Zuwanderungspolitik nach zwei Seiten hin kräftig weiterentwickeln. Also sowohl in den repressiven Bereich (gegen unerwünschte Einwanderer) hinein, als auch in integrativer Richtung bzw. im Sinne der Herausbildung einer (schmalen) „Elite" aus der Einwanderungsbevölkerung.

Zunächst zum repressiven Flügel des Regierungsprogramm:. Wie der damalige Innen- und jetzige Premierminister Dominique de Villepin bereits Anfang Mai dieses Jahres verkündete, schätzt die französische Regierung der derzeit „illegal" sich im Lande aufhaltenden Einwanderer (oder Sans papiers, also Einwanderer „ohne Dokumente", d.h. ohne Aufenthaltstitel) auf „200.000 bis 400.000". Diese Schätzung ist wahrscheinlich ziemlich realistisch. Diese illegalisierten und entsprechend prekarisierten Einwanderer bilden ein fest in den Bedarf der Wirtschaft eingeplantes Potenzial an „flexibel" einsetzbaren Arbeitskräften für bestimmte Sektoren wie die Bauindustrie, das Reinigungsgewerbe (v.a. Gebäudereinigung, Putzen von Glasfassaden usw.) und die Gastronomie. Im Gegensatz zur jüngsten Maßnahme der spanischen Regierung, die 700.000 Einwanderer betrat, schloss der französische Regierungschef Villepin jede „massenhafte Legalisierung" aus.

Mehr Abschiebungen

Die Position der grundsätzlich äußerst wirtschaftsnahen, konservativen Regierung lautet, dass die Zahl der „illegalen" Einwanderer heute jene der nützlicherweise „vorrätig zu haltenden" Arbeitskräfte tendenziell übersteige. Gleichzeitig erwartet die bürgerliche Rechte von den Auswirkungen der EU-Osterweiterung, dass eine neue innereuropäische „Billiglohnkonkurrenz" auf den Arbeitsmärkten entstehe. Sie bildete auch eines der zentralen Themen im jüngsten Abstimmungskampf über die EU-Verfassung. (Die Mehrheit der linken Vertragsgegner antwortete darauf freilich nicht durch Forderungen nach Hinauswurf dieser Arbeitnehmer, sondern nach verbindlichen Mindestlöhnen und EU-weiter Vereinheitlichung der Sozialstandards.) Die regierende Rechte versucht nun, eine repressive und tendenziell rassistische Antwort auf die laut gewordenen Ängste zu geben, die sich vor allem gegen die „illegalen" Einwanderer aus Afrika und Asien richten soll, da mit dem Osten der EU eine Neuzusammensetzung des Arbeitskräftereservoirs ansteht.

Entsprechend verspricht Innenminister Sarkozy eine drastische Erhöhung der „effektiv vorgenommenen Abschiebungen. Nach vorliegenden offiziellen Zahlen wurden 2001 insgesamt 9.227 unerwünschte, „illegale" Einwanderer tatsächlich abgeschoben. In den folgenden Jahren stieg ihre Zahl auf 10.067 (2002), dann 11.692 (2003) und später auf bisher geschätzte 16.000 im Jahr 2004. Das ist u.a. auf den Druck von Nicolas Sarkozy, der von Mai 2002 bis April 2004 bereits einmal als Innenminister amtierte, auf die untergebenen Polizeiorgane zurückzuführen.

Für das laufenden Jahr 2005 verspricht Sarkozy, der einem großen „Effektivitäts"kult (wobei „Effektivität" sich bei ihm stets in Zahlen ausdrückt) anhängt, 25.000 tatsächlich erfolgte Abschiebungen.

Quoten für erwünschte Neueinwanderer

Gleichzeitig spricht Sarkozy sich, unter dem Begriff der „ausgewählten Zuwanderung" (immigration choisie), sich für jährlich vorab festzulegende Quoten von Neuzuwanderern aus. Dabei soll nach Kriterien, zu denen vor allem das Alter und die berufliche Qualifikation zählen sollen, jedes Jahr neu das Ausmaß der erwünschten Neueinwanderer festgelegt werden. Sarkozy denkt dabei vor allem an „Facharbeitskräfte, Unternehmensgründer, Wissenschaftler und Universitätsprofessoren". Zum Vorbild hat er sich das kanadische System erkoren, wobei in dem nordamerikanischen Land (das einen sehr aufnahmefähigen Arbeitsmarkt hat) allerdings deutlich großzügigere Quoten bestehen, als sie in Frankreich in näherer Zukunft zu erwarten sind.

---

zu werten, die gespielte Betroffenheit als reine Heuchelei.

Auf den Widerspruch des Anmelders vor dem Verwaltungsgericht Gera am Freitagnachmittag, erhielt man mit der Ablehnung den lapidaren Hinweis, in der Kürze der Zeit lasse sich nicht mehr ermitteln, wer nun Erstanmelder auf dem Gries gewesen sei. Da es jedoch niemals eine Anmeldung von Wohlleben/NPD für den Gries gegeben hat (sondern die Stadt Jena den Platz trotz Erstanmeldungen ins Spiel brachte), hat auch das VG mit einem windigen Zeitargument die Grundrechte der Erstanmelder in eklatanter Weise übergangen. Die Erstanmelder sind gegen diesen haarsträubenden Umgang mit gesondert geschützten Grundrechten in Beschwerde gegangen und erwägen im Nachgang eine Fortsetzungsfeststellungsklage.

Im übrigen sei auch die Feststellung gestattet, dass offenbar niemand zu keinem Zeitpunkt ernsthaft die Inhalte der Nazi-Veranstaltung als möglichen Verbotsgrund wegen § 130 StGB und Verhöhnung der Opfer des Holocaust geprüft hat. Das ist der Beginn einer verheerenden Normalität nazistischer Veranstaltungen mitten unter uns.

Dankenswerterweise ist der Gries in den frühen Morgenstunden des Samstag von rund 500 AntifaschistInnen friedlich blockiert worden, so dass die Nazis auf ein Grundstück außerhalb der Stadt ausweichen mussten.

Fritz Burschel, Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus ■

Im Februar 2005 hatte es noch eine öffentliche Polemik zwischen Sarkozys damaligem Nachfolger im Innenministerium, Dominique de Villepin, und UMP-Chef Sarkozy gegeben. Damals hatte Sarkozy sich erstmals offen für Zuwanderungsquoten eingesetzt. Villepin hatte ihm widersprochen: Solche Quoten widersprächen der „republikanischen Tradition“ Frankreichs, die sich dadurch auszeichne, dass alle Individuen vor dem Gesetz gleich seien, also durch den Universalitätsanspruch ihrer Regeln. Dominique de Villepin trat durchaus auch für eine (am „Bedarf“ oder Nutzen für Frankreich) orientierte Steuerung der Einwanderung ein, aber durch die Festlegung allgemeingültiger Spielregeln. So würden die Regeln etwa für den Familiennachzug, die man je nach Bedarf verschärfen oder abmildern kann, über das Ausmaß des Neuzuzugs entscheiden. Sarkozy trat dagegen dafür ein, dass der französische Staat vorab nach Zahlen bemessene Kontingente festlegen solle.

Abschiebungen in Frankreich

Nunmehr hat Sarkozy sich allem Anschein nach durchgesetzt: In seiner Regierungserklärung benutzte Villepin selbst den Begriff der „ausgewählten Zuwanderung“, was der alt-neue Innenminister Sarkozy als Triumph seiner Ideen auffasste. Dabei vermeidet die neue Regierung jedoch bisher die explizite Benutzung des Begriffs „Quoten“, was auf den zurückliegenden Streit zwischen den beiden führende Köpfen der Regierung – Villepin und Sarkozy – zurückzuführen ist. In der Sache scheinen die Dinge jedoch klar darauf hinauszulaufen.

Dabei hat Sarkozy keinen Zweifel daran gelassen, dass die Einwanderung, die auf der Grundlage einer an Berufsbildern bemessenen Bedarfsabschätzung erfolgen soll, auf Kosten der Zuwanderung durch Familiennachzug sowie aus humanitären Gründen gehen soll. Zwar möchte er die drei Kategorien (Einwanderung aus wirtschaftlichem Bedarf, aus familiären Gründen, Duldung aus humanitären Motiven) im Prinzip beibehalten. Doch kündigte der Innenminister gleichzeitig eine Verschärfung der Regeln bzw. der Praxis beim Familiennachzug an: Künftig solle „rigoroser“ auf die Einhaltung der Bedingungen für den Familiennachzug (dabei gelten Kriterien wie vorhandener Wohnraum, Einkommen der versorgungspflichtigen Angehörigen in Frankreich) gewacht werden. Auch solle das Kriterium der „Integration“ der bereits in Frankreich lebenden Familie schärfer geprüft werden.

Ferner soll laut Sarkozy scharf gegen die „Umgehung der Regeln“ etwa durch „Scheinheiraten“ vorgegangen werden; die „verdächtigen“ Eheschlüsse mit Migranten können aufgrund eines von Sarkozy vorbereiteten Gesetzes von 2004 nunmehr systematisch durch die Staatsanwaltschaft aufgeschoben und überprüft werden. Daneben soll die Inanspruchnahme der medizinischen Nothilfe AME, die auch „illegalen“ Einwanderern bei medizinischen Ernstfällen offen steht, beschränkt und kontrolliert werden.

Debatte um die Quote

Die Idee der Quoten-Einwanderung hat im übrigen bereits breitete Kreise gezogen: Ein innerparteilicher „Untersuchungsbericht“ des sozialdemokratischen Parteivorstandsmitglieds Malek Boutih (ein Nachwuchspolitiker mit Karriereaussichten und Ex-Chef der sozialdemokratischen Sattelitenorganisation „SOS Racisme“) spricht sich seinerseits für die Quotenidee bei der Zuwanderung aus. Vergangene Woche wurde der „Rapport“ von Malek Boutih jedoch durch die französischen Sozialisten in die Schublade verbannt, da es stärkere innerparteiliche Widerstände gegen die Festlegung der Einwanderung nach zahlenmäßig bemessenene Kontingenten gibt.

Gegen die Quoten in der durch Sarkozy geplanten Form spricht sich der Soziologe Patrick Weil aus, der 1997 die Grundlagen für die gesteuerte Einwanderungspolitik des damaligen sozialdemokratischen Premierministers Lionel Jospin lieferte. Weil machte geltend, nach dem kanadischen System (das Sarkozy offiziell zum Vorbild erkor) würde nur die Qualifikation der Neuzuwanderer festgelegt; dies garantiere jedoch nicht, dass für diese auch ein konkreter Arbeitsplatz vorhanden sei. So könnte in Kanada ein Hochschullehrer, der aufgrund seiner Qualifikation einwandern durfte, auch im Endeffekt als Taxifahrer arbeiten. Patrick Weil spricht deswegen einer stärker am konkreten Bedarf „von Unternehmen oder Universitäten“ orientierten Zuwanderungsregelung das Wort. Demnach sollen Betriebe und Hochschule jeweils „ihre“ Einwanderungskandidaten schon bezeichnen dürfen, beispielsweise ehemalige ausländische Studenten, die anlässlich ihres Berufspraktikums oder Studienaufenthalts positiv aufgefallen sind. Diese konkret bezeichneten Kandidaten sollen dann Visa erhalten.

Integrationsversprechen

Der dritte Aspekt von Sarkozys Politik ist die „gelungene Integration“. Zu ihr soll beispielsweise die Einrichtung von Aufnahmequoten für Kandidaten aus Einwanderer- und Unterschichtsvierteln (etwa in den Trabantenstädten) an den französischen Elitehochschulen beitragen. Eine solche Quotenregelung existiert bereits am Institut d¹Etudes Politiques (IEP) in Paris, wo eine Elite aus den allerbesten Absolventen der in „sozialen Problemvierteln“ gelegenen Schulen aufgenommen wird, ohne dass diese das normalerweise erforderliche und sehr selektive Aufnahmeverfahren bestehen müssten. Sarkozy will so Kontingente von 5 bis 10 Prozent der Plätze an Elitehochschulen für die Herausbildung einer (Wissens-)Elite aus der Nachkommenschaft der in Frankreich lebenden Einwandererfamilien reserviert wissen.

Bei diesem Programmpunkt des Seminars der Regierungspartei vom 9. Juni kam es jedoch zu Unruhe im Publikum. Ein Teilnehmer griff etwa wutentbrannt zum Saalmikrophon und meinte, es bestehe „eine Unvereinbarkeit zwischen der christlichen und der muslimischen Religion“, weshalb es eine unsinnige Vorstellung sei, „die Moslems integrieren zu können“. Das veranlasste den auf dem Podium sitzenden Medizinprofessor und Kardiologie-Experten Salem Kacet von der Universitätsklinik Lille (der über seine eigene Erfahrung sagt: „Seitdem ich Professor bin, höre ich mich nicht mehr als ‚Araber‘ bezeichnen“) zu der Unmutsäußerung: „Bei welcher Partei bin ich hier eigentlich?“, offenkundig auf die extreme Rechte anspielend. Ein anderer Teilnehmer aus dem UMP-Publikum hielt der Forderung eines Podiumsdiskutanten nach besser Vertretung der Minderheiten in den Medien und vor allem im Fernsehen entgegen: „Ich bin auch eine Minderheit, ich bin blond und blauäugig!“ (Worauf der Podiumsteilnehmer Amirouche Laïdi antwortete: „Ja, aber Sie erleiden keine gewalttätigen Polizeikontrollen!“)

Bis die reaktionäre Parteibasis also mit den Erfordernissen einer, am Bedarf der modernen Ökonomie orientierten Zuwanderungspolitik versöhnt sein wird, hat die Regierung also anscheinend noch zu tun.

Bernhard Schmid, Paris ■

Na Mahlzeit, Frau Stewens!

MÜNCHEN. Ein Monat Boykott von Essenspaketen. – Seit genau einem Monat wird in einer Münchner Asylunterkunft die Zwangsversorgung mit Essenspaketen boykottiert. Immer mehr Menschen und Gruppen unterstützen den Kampf gegen Bevormundung und Mangelversorgung. Ehrenamtliche sammeln Essensspenden und stellen Autos zur Verfügung, Studenten machen ein Filmprojekt und Kinder werden ehrenamtlich betreut. Mehr als 2000 Euro wurden für die Notversorgung schon gespendet. Mit einer Postkartenaktion soll Sozialministerin Stewens nun zum einlenken gebracht werden. SPD, Grüne und der Ausländerbeirat bezogen öffentlich Stellung gegen die teure Schikane.

„Na Mahlzeit, Frau Stewens“ steht auf den Protestpostkarten, die bald das Postfach der bayerischen Sozialministerin Stewens füllen sollen. 2 000 Karten sollen die Ministerin daran erinnern, dass es nach geltender Gesetzeslage jederzeit möglich wäre, Bargeld statt Sachleistungen auszuzahlen, wie es in den meisten anderen Bundesländern üblich ist.

Dies fordern auch 56 Flüchtlinge in dem Barackenlager in der Emma-Ihrer-Str. 8 in München, die seit dem 3. Mai die Annahme der Pakete verweigern. Eigentlich sollen Flüchtlinge von der Paketversorgung leben können. „Wir müssen trotzdem einkaufen gehen, weil in den Paketen nichts drin ist, was wir brauchen können. Ich muss noch Brot, Tee, Joghurt kaufen, etwas zu kochen.“ erklärt eine Frau aus Syrien, die den Boykott mitorganisiert. „Das Brot zum Beispiel langt nur für einen Tag, ich mag es eigentlich gar nicht.“ Das „Brot“ ist eine Plastikpackung mit Semmeln.

Damit die Boykottierenden nicht hungern müssen, wurde eine Notversorgung organisiert. Jeden Dienstag, Freitag und Samstag sammeln Ehrenamtliche Lebensmittelspenden. Münchner Lebensmittelläden und die Gemüsehändler am Großmarkt spenden gerne. Vom türkischen Bäcker bis zum Dorfener Bio-Anbau werden Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Von den Spenden können Flüchtlinge selbst das übrige kaufen. 2300 Euro wurden bisher gespendet. Obwohl es nur eine Notversorgung ist, sind die Flüchtlinge zufriedener als mit den Essenspaketen, da ausreichend Obst und Gemüse sowie frisches Brot in die Emma-Ihrer-Str. kommt.

Pressekontakt:
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen: Tobias Klaus,
Tel.:0178-2121927,
E-mail: kara-m@gmx.de

Bayerischer Flüchtlingsrat: Matthias Weinzierl, Tel.: 089-762234, E-mail: bfr@ibu.de ■

Grenzenlos begrenzt? Migrationspolitik in Jena

JENA. Sie werden in Menschenrechten beschnitten. Sie werden auf strikt festgelegtem Terrain gefangen gehalten und unter Kontrolle gestellt. Wer raus will, muss das beantragen. Aber meist besteht die Möglichkeit gar nicht dazu – unter anderem aus finanziellen Gründen. Und das, obwohl sie sich keiner Straftat schuldig gemacht haben. – So zumindest mutet das Bild an, welches von einigen betroffenen Migranten in der Selbstdarstellung und in ihren Publikationen vermittelt wird:

Die Filmtour *„Menschen unter Landkreisarrest“*, organisiert von THE VOICE – Refugee Forum Jena; der JAPS (=Jugend-Aktions-und Projektwerkstatt) und dem Internationalen Stundentennetzwerk Weimar in Zusammenarbeit mit der Gerberstr. 1, ist Anlass zur Erinnerung und gleichzeitig ein Versuch von Vermittlungsarbeit. Ziel der Tour sollte es sein, für die Lage der Migranten in Thüringen zu sensibilisieren und aufmerksam zu machen. Der künstlerische Dokumentarfilm „Forst” war von Mitte bis Ende Mai in Jena, Weimar, Erfurt und Eisenberg zu sehen. Drumherum gab‘s Informationen, Dokumentationen, Gespräche.

Das Flüchtlingsheim Forst ist geschlossen. Die Gründe sind einfach: Die Zustände waren nicht mehr haltbar, die Unterbringungsmöglichkeiten nicht mehr menschenwürdig. Eine Renovierung oder Restaurierung wäre zu teuer geworden. Die Schließung folgte. Bis dahin jedoch war der Forst, als einzige Erstaufnahmestelle in Thüringen, über einen Zeitraum von fast zehn Jahren hinweg Unterkunft für teilweise bis zu 500 Flüchtlinge. Im Gespräch mit Herrn Rüdiger Strosche, Mitglied bei Amnesty International Jena und langjähriger Berater im Forst, ergab sich jedoch eine etwas differenziertere Lage der Migranten in Jena. Der Forst war Inbegriff der Ausgrenzung. Ohne Zweifel. Aber Jena nimmt da keine Sonderstellung ein, sondern ist vielmehr konkret gewordener Prototyp. Es ist kein Zufall, dass der Ort gewählt wurde. Geografisch ausgegrenzt am äußersten Stadtrand, mitten im Wald, ohne öffentliche Verkehrsanbindung – das alles lässt nicht darauf schließen, dass die Migrationspolitik auf Integration ausgerichtet war. Dennoch darf man hier nicht vorschnell urteilen: Die Erstaufnahme ist, wie der Name bereits vermuten lässt, nur die erste Anlaufstelle für Asylbewerber und nur für einen begrenzten Zeitraum bis zum Bescheid über das Asylverfahren. Danach können die Asylbewerber, so sie lückenlos nachweisen können, dass sie nicht auf dem Landweg nach Deutschland gekommen sind, ganz normal leben.

Die von der Gegenpartei viel beschworene Residenzpflicht, die besagt, dass die Migranten in ihrem Landkreis zu verbleiben haben, solange ihr Asylverfahren nicht abgeschlossen wurde, ist nach Ansicht von Herrn Rüdiger Strosche sicher eine Schikane, sollte jedoch nicht als Menschenrechtsverletzung bewertet werden.

Nichtsdestotrotz, das Thema Migration ist ein ausgegrenztes. Der Ausgrenzung entgegen zu wirken heißt auch, denjenigen Gehör zu schenken, die betroffen sind. Das fällt jedoch schwer, wenn man nur zweifelhafte Einzelfallbeispiele und emotionsmachende Propaganda vermittelt bekommt.

Versteht man den Film als das, wozu ihn die Organisatoren verwenden, nämlich als politisches Instrument, versteht man ihn falsch. In einer Rezension von Amon Brandt heißt es: „Forst will scheinbar nicht verhandeln, noch will er Dialog, ist weder reflexiv noch kritisch gegenüber seiner eigenen Botschaft und Position” – so lässt sich keine Politik machen. So lässt sich aber zweifelsohne künstlerisch die Augen öffnen. Augen für eine neue Richtung.

Zeichen dahingehend gibt es bereits: das neue Asylbewerberheim befindet sich heute, seit nunmehr fast anderthalb Jahren, mitten in Lobeda in einem alten Kindergarten in der Carolinenstraße. Und zeigt, dass man scheinbar trotz der Befürchtungen der Anwohner bisher sehr friedlich zusammenleben kann.

Katja ■

ab 14.30 Uhr bis ca. 20 Uhr
Veranstalter: Humba e.V., Jugendzentrum „Bauspielplatz Friedenspark“ e.V. und engagierte Einzelpersonen, in Kooperation mit dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info:
www.edelweisspiratenfestival.de, Tel. 0221-9 32 22 11

Neues Buch „Sie marschieren wieder ...“:

Bremer Tageszeitung verstärkt ihre Offensive gegen Rechts

Bei der Beschäftigung mit rechtsextremistischen Aktivitäten in ihrem Verbreitungsgebiet gehen die Bremer Tageszeitungen AG und ihr Flaggschiff „Weser-Kurier“ vorbildlich voran. Sie suchten und suchen die offensive Auseinandersetzung in Form von zahlreichen, bewusst parteiisch gehaltenen Artikeln.

Nun intensiviert der Verlag diese Auseinandersetzung mit den Ultrarechten weiter – durch ein 107-seitiges Buch mit dem Titel „Sie marschieren wieder ...“.

Darin werden diverse Beiträge im „Weser-Kurier“ dokumentiert. Unter anderem wird unter dem Titel „Spinnen an braunen Netzen“ geschildert, wie Bremer Neonazis im Untergrund an einer „Volksfront von rechts“ arbeiten. Eines der Paradebeispiele für das weitere Verschwimmen von sowieso nicht besonders stabilen Grenzen gibt der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Jörg Hendrik Wrieden ab, der heute den NPD-Ortsverband Bremen-Nord leitet. Wrieden wurde wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilt, nachdem er per NPD-Fax eine Mitteilung der Skinhead-Organisation „Blood & Honour“ verbreitet hatte. In ihr war unter anderem zum Schießen auf Polizisten aufgerufen worden.

Der braune Rand der Jugendszenen Dark Wave und Black Metal wird ebenso beleuchtet wie der destruktive Einfluss von Rechtsrock, den Neonazi-Kameradschaften und die NPD beispielsweise über Gratis-CDs in Umlauf bringen; diese werden bevorzugt auf Schulgeländen verteilt. Einen breiten Raum in dem Buch der Bremer Tageszeitungen AG nimmt der Heisenhof in Dörverden ein, den der bekannte Rechtsextremist Jürgen Rieger offenbar zu einem Schulungszentrum ausbauen wollte. Gegenwärtig liegen diese Pläne aus juristischen Gründen auf Eis. Protagonisten dieser Heisenhof-Nutzung werden porträtiert, etwa der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann, der „braune Chirurg“ Rigolf Hennig aus Verden und verschiedene Vertreter der nachwachsenden Nazigeneration. Nicht zuletzt wird aber auch dargestellt, wie sich in Dörverden und Umgebung der Widerstand gegen die Nazis formiert und wie er in Hetendorf bereits erfolgreich war; dort wurde ein rechtsextremistisches Schulungszentrum geschlossen.

Besonderen Reiz erhält „Sie marschieren wieder ...“ durch bestimmte Bezüge zur nationalsozialistischen Vergangenheit, die gerne „vergessen“ werden. Dazu gehören NS-Kultstätten im Bremer Umland wie der Sachsenhain in Verden, der Niedersachsenstein in Worpswede und das Schlageter-Denkmal bei Visselhövede. Auf „Ahnenstätten“ in Conneforde und in Hilligenloh werden auch heute noch bekennende Nazis zur letzten Ruhe gebettet. Eine nazistische Vergangenheit hat aber zum Beispiel auch die weltberühmte Böttcherstraße in Bremen.

Das Vorwort zu der Publikation stammt von „Weser-Kurier“-Verleger Herbert C. Ordemann. Er schreibt: „Die konsequente Unterdrückung des freien Wortes war eine wesentliche Ursache für den Erfolg der Nationalsozialisten. Die demokratischen Siegermächte hielten deshalb zu Recht die Errichtung einer freien Presse für unverzichtbar.“ Wer als Zeitzeuge damals die Entwicklung des Nationalsozialismus miterleben musste – so Ordemann –, der erfahre heute mit der Entwicklung des Neofaschismus „eine unheimliche Duplizität der Ereignisse“ und erkenne die daraus entstehende Gefahr für unser Land. Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Henning Scherf zum einen und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff zum anderen haben das Geleitwort zu dem Buch verfasst. Ihr Appell: „Wir müssen die Erinnerung an die Vergangenheit wach halten und die Auseinandersetzung annehmen mit allen, die auch heute noch die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen, verklären oder gar verherrlichen und Hass gegen Fremde und Minderheiten säen.“ Notwendig seien Wachsamkeit, Zivilcourage und engagiertes Einstehen für die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft.

Einen Gastbeitrag zu dem Buch hat auch der ehemalige bremische Bürgermeister Hans Koschnick, bis November 2004 Vorsitzender der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ erstellt. Der SPD-Politiker betont darin: „Der Rechtsextremismus bezieht einen großen Teil seiner Kraft aus der stillen Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung und aus der Gleichgültigkeit anderer Teile der Bevölkerung. Wo der Rechtsextremismus stark ist, ist die Demokratie schwach.“

Das Buch „Sie marschieren wieder..“ (ISBN 3-938795-00-X) kostet 2,50 Euro.

Thomas Klaus ■

Nach 1945 verschwand der Schrecken nicht

Biographie des KZ-Überlebenden und Sinto Ewald Hanstein erschienen

„Meine hundert Leben“ (Untertitel: „Erinnerungen eines deutschen Sinto“) hat Ewald Hanstein sein Buch genannt. Und in der Tat: Er hat ein bewegtes Leben mit vielen Stationen hinter sich, unter anderem als Volkspolizist in der DDR und Musiker in Bremen, als Schlosser beim Automobilunternehmen Borgward und Inhaber eines Bekleidungsgeschäftes im Harz, als Gastwirt und als Scherenschleifer, als Tanzlehrer und als Gebrauchtwagenhändler.

Vor allem aber hat Ewald Hanstein (Jahrgang 1924) seinen Leidensweg durch die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald und Mittelbau-Dora wie durch ein Wunder überlebt.

Seine furchtbaren Erlebnisse in der Nazizeit haben den jetzigen Bremer Landesvorsitzenden des Verbandes deutscher Sinti und Roma verständlicherweise bis heute nicht losgelassen. Er schreibt: „Manchmal liege ich abends im Bett und sehe ihre Gesichter deutlich vor mir: das meiner Mutter Maria, meines Vaters Peter, der Schwestern Gertrud, Elisabeth, Lydia und Ramona, meines Bruders Gregor, das von Großmutter und all den anderen. Niemand von ihnen hat Auschwitz überlebt, selbst die Fotos haben mir die Nazis genommen – und doch erinnere ich mich genau an sie. Ich wundere mich, dass ich noch lebe. Warum gerade ich?“

„Erinnerung muss in den Viehwaggons mitfahren“

Diese Frage des „Warum gerade ich?“ beschäftigt den in Bremen lebenden Hanstein schon ein Leben lang. Sie hat ihn ähnlich geprägt wie die Erfahrung, dass die Nazis seine Menschenwürde und Sensibilität für andere schwer erschüttern konnten. Ewald Hanstein schildert: „Ich war Häftling Z 8181. Ein eigenes Leben gab es nicht. Die SS leistete ganze Arbeit. Ihre Gleichgültigkeit färbte auf uns ab. Nach kurzer Zeit schon waren einem die Mitmenschen egal. Man dachte nur noch an sein eigenes Leben: Wie komme ich hier raus, wie überlebe ich das?“ Und weiter: „Nicht nur das Leben nahm man uns, man beraubte uns auch der Menschenwürde. Das geschah besonders durch die Art, wie wir unsere Notdurft verrichten mussten. Die Latrine war eine Baracke mit einem langen Balken und einem Graben darunter. Frauen, Männer und Kinder saßen eng beieinander, ob sie sich kannten oder fremd waren. Es gab keine Scham, für uns eine besondere Erniedrigung. Gerade bei uns Sinti und Roma ist der Respekt des Mannes vor der Frau so wichtig. Wehe dem, der woanders hinging – den

schlugen sie auf der Stelle tot.“

Beklemmend wird das 168-seitige Buch nicht zuletzt durch die Tatsache, dass die Verfolgung nach der Befreiung vom Naziregime nicht zu Ende war. Der Schrecken sei nach 1945 ebenso wenig aus unserem Leben verschwunden wie die Nazis aus den deutschen Amtsstuben, legt Ewald Hanstein dar. Denn: „Im Westen wie im Osten wurden wir weiter als Menschen zweiter Klasse behandelt und mussten uns die Bürgerrechte mühsam erkämpfen.“ Ein Beispiel dafür: Im August 1949 wurden die so genannten Zigeunerlager im Bremer Stadtgebiet aufgelöst und die Bewohner unter Polizeiaufsicht zum neu eingerichteten Sammellager Riespott gebracht. Erst in den siebziger Jahren kam heraus, dass der Riespott ein Nebenlager des KZ Neuengamme gewesen war. Dabei sind Orte, an denen Menschen umgekommen sind, für Sinti als Wohnort absolut tabu.

Voller Zorn kommentiert Hanstein das Verhalten der Behörden: „Wie krank müssen die Köpfe der Verantwortlichen im demokratischen Bremen gewesen sein, Dutzende Auschwitz-Überlebende auf dem Grund eines ehemaligen Konzentrationslagers zusammenzupferchen, nur um sie aus den Augen ihrer Bevölkerung zu haben.“

Trotz solcher Erfahrungen ließ sich Ewald Hanstein nicht entmutigen. Seit fast 30 Jahren engagiert er sich für die Rechte seiner Minderheit und tritt in Schulen oder anderen Stätten als Zeitzeuge auf.

Zum Thema „Erinnerungspflege“ macht er sich in seinem Buch ebenfalls Gedanken: „Wir brauchen keine Erinnerung, die zum toten Ritual geworden ist. Wir brauchen keine Erinnerung, die die Konfrontation mit den Opfern und Tätern scheut, die das Gewissen entlastet. Wir brauchen eine Erinnerung, die mitfährt in den Viehwaggons, die an der Rampe steht, die die Gesichter sieht und die Schreie hört. Wir brauchen eine Erinnerung, die Auschwitz in unser Gewissen einbrennt. Das Erinnern ist zuerst ein moralisches Gebot gegenüber den Ermordeten und ihren Angehörigen, gegenüber den Überlebenden.“ Das Erinnern appelliere an unsere Verantwortung. Es schärfe unser moralisches Empfinden und unsere demokratische Wachsamkeit.

Das Buch „Meine hundert Leben“ entstand mit Hilfe des Freien Journalisten Ralf Lorenzen. Das Geleitwort stammt von Bremens Bürgermeister und Senatspräsident Dr. Henning Scherf.

Ewald Hanstein, Meine hundert Leben – Erinnerungen eines deutschen Sinto –, Donat-Verlag, ISBN 3-934836-94-1, 168 Seiten, 51 Abbildungen, 12,80 Euro

Ein deutsches Gedenken

Michael Klundts Aufsatzsammlung „Ein Untergang als Befreiung“ vor dem Hintergrund des 60. Jahrestags des 8. Mai 1945

„So viel Hitler war nie“...

... stellte der Historiker Norbert Frei im Oktober letzten Jahres in der „Zeit“ fest. Er markierte damit einen Trend der Medienberichte und -Kommentare, der sich schon seit längerem im Vorfeld des 60. Jahrestags des Kriegsendes am 8. Mai 1945 abzeichnete: eine Form des Gedenkens, die selten auf historische Zusammenhänge, und erst recht nicht auf die Rolle der Deutschen in der Nazi-Diktatur Bezug nahm, sich dafür aber um so häufiger in kontextarmen persönlichen Erlebnisberichten und Einschätzungen erging. Ein Trend, der bis zum Jahrestag selbst unter massiver Verstärkung fortbestand.

Diesem spezifischen Ausbruch von Gedenkkultur ist das im Frühjahr erschienene Buch „Ein Untergang als Befreiung – Der 8. Mai 1945 und die Folgen“ gewidmet, das der Kölner Politikwissenschaft-ler Michael Klundt herausgegeben hat. In dreizehn Aufsätzen und Interviews beleuchten verschiedene Autoren vielfach vernachlässigte Aspekte der Diskussion um den 60. Jahrestag und stellen ausgeblendete Zusammenhänge her.

Geschichtsrevisionismus

In der Einleitung warnt Klundt vor einem Geschichtsrevisionismus, der auf eine Verharmlosung der Rolle der Deutschen vor und im zweiten Weltkrieg und einen geschichtspolitischen Paradigmenwechsel hinausläuft.

Zwar kann heute im Rückblick auf den Jahrestag nicht behauptet werden, dass es in großem Um-fang zu offener und öffentlicher Geschichtsfälschung, zu expliziter Leugnung von Schuld und Täterschaft der Deutschen gekommen sei. Trotzdem haben sich in viel-facher Weise die Befürchtungen des Herausgebers bestätigt.

Das Filmbeispiel

Ausführlich macht Klundt dies fest am Film „Der Untergang“. Er weist auf, wie in diesem heftig bejubelten Film aus der Mitläuferperspektive „psychodynamische Abwehrmechanismen wie Abspaltung und Verleugnung“ aktiviert werden, auf „Mitleidseffekte und eine vorbewusste Mythisierung der Nazi-Eliten“ gesetzt wird. Er wirft dem Produzenten die bewusst inszenierte „Abwesenheit von Ge-schichte“ vor, die durch „die Be-mühung von Schicksalsmächten, Entkontextualisierung, Entkausalisierung, Segmentierung und Parzellierung von Geschichte“ eine Wahrnehmung der Kinobesucher bewirkt, „wonach alle ein bisschen Opfer und ein bisschen Täter waren“.

Die in den vergangenen Wochen masssenhaft zu lesenden, zu hörenden und zu sehenden Berichte unter Titeln wie „Mein Kriegsende“ belegen, dass der „Untergang“-Produzent mit dieser Darstellungsweise in einem breiten Strom mitschwimmt. Dessen Richtung ist eher geprägt vom „Legitimationsbedürfnis einer Politik, die bald nach 1945 beim Aufbau des Staatsapparates lieber auf alte Nazis setzte als auf Antifaschisten“. Günther Judick,der diese Feststellung in seinem Aufsatz über „Faschismus, Anpassung und Widerstand“ trifft, stellt dagegen den Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald: „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Und er urteilt: „Die Lösung dieser Aufgaben steht noch immer aus.“

Der Historiker Kurt Pätzold stellt fest, dass „die deutsche Gedenkkultur ... weitestgehend auf dem Hund“ ist, und macht dies ebenfalls am Film „Der Untergang“ fest. Er sieht in diesem Film den Ausdruck eines „Anspruch(s) auf ein 'nicht schuldig' „und „äußerste(r) intellektuelle(r) Genügsamkeit“.

Selbstgefällige Deutschtümelei

Den 60. Jahrestag der Befreiung sah Pätzold als Anlass, „kritisch zu prüfen, was aus den seinerzeitigen Entwürfen für ein anderes, ein neues Deutschland geworden ist“. Für die tatsächliche Gestaltung der öffentlichen Gedenkfeiern sah er allerdings mehr die „Gefahr ..., sich selbstgefällig zu versichern, wie herrlich weit wir es doch gebracht haben“. Und die Berliner Rede des Bundespräsidenten Köhler zum 8. Mai hat Pätzolds Vermutung mit dem inzwischen schon zum Markenzeichen gewordenen Mix aus neoliberalen Glaubenssätzen und hohler Deutschtümelei vollauf bestätigt.

Keine Selbstbefreiung

Peter Gingold sieht im Rahmen seines Beitrags die „eigentlich große Tragik in jüngster deutscher Geschichte“ darin, dass die Hauptverantwortlichen für Faschismus und Krieg nicht durch Widerstand aus der Bevölkerung, sondern von außen zur Strecke gebracht wurden. So wurden entsprechend das Kriegsende und die Entmachtung des Nazi-Regimes nur von einem kleinen Teil der deutschen Bevölkerung tatsächlich als Befreiung empfunden. Und bis heute ist eher die Rede vom „Zusammenbruch“, vom besagten „Untergang“ oder von der „Stunde Null“. Offiziell wurde in der Bundesrepublik der Begriff „Befreiung“ für den 8. Mai 1945, wie der Artikel von Stefan Doernberg aufzeigt, erstmals vierzig Jahre später durch den damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker verwandt. Aber weitere zwanzig Jahre später wird „der 8. Mai 1945 ... meist absichtlich wert-neutral als Tag des Kriegsendes“ bezeichnet.

Gefährliche Wertneutralität

Wie gefährlich diese Wertneutralität ist, zeigt Ester Bejrano mit der Feststellung, dass heute wieder mit größter Dreistigkeit „Neonazis in vielen Städten aufmarschieren, geschützt von der Polizei, während Gegendemonstrantinnen und -demonstranten von der Polizei verprügelt und festgenommen werden“.

Dies war wohlkalkulierterweise am 60. Jahrestag in Berlin ausnahmsweise nicht der Fall. Da sollte stattdessen der Welt demonstriert werden, wie entschlossen die deutsche Bevölkerung sich gegen ihre Neonazis zur Wehr setzt.

Diese deklamatorische Verscho-nung der Gegendemonstranten passt in ein andere Sicht, die Jörg Wollenberg im Artikel „Der Mythos von der Stunde Null“ aufzeigt: den Versuch bestimmter Historikerkreise, die deutsche Entwicklung der letzten Jahrzehnte als „nachholende Selbstbefreiung“ zu interpretieren.

Zur Hilfe genommen wird dazu die Totalitarismusdoktrin, die die Sowjetunion und die DDR locker mit dem deutschen Faschismus gleichsetzt. Einen entsprechend breiten Raum nahmen vor diesem Hintergrund auch die persönlichen Berichte vom Kriegsende ein, die immer wieder Übergriffe des sowje-tischen Militärs im Zuge des Vorrückens auf deutsches Territorium schilderten.

Totalitarismusdoktrin

Der Herausgeber Michael Klundt stellt in seinem Artikel „Vom Antifaschismus zur Totalitarismusdoktrin“ klar, dass es in der Tat vielfach zu solchen Übergriffen kam, dass Sie aber „nicht etwa – wie oft behaptet – zugelassen oder gar angeordnet“ waren. Noch vor Kriegsende, am 20. April 1945 hatte Stalin in einem gesonderten Befehl auf das strikte Verbot von Mißhandlungen, Plünderungen und Vergewaltigungen hingewiesen und gegen zuwider Handelnde wurde „seitens des sowjetischen Oberkommandos wie der einzelnen Truppenkommandeure ... oftmals hart durchgegriffen“.

Das in der Berichterstattung dominierende und auch zum 60. Jahrestag immer wieder nachgezeichnete Bild ist aber nach wie vor das einer grausam und unmensch-lich marodierenden Sowjetsolda-teska. Und auch dieses Bild hat seinen Stellenwert in der offenen oder schleichenden Geschichtsrevision der letzten Jahre, die für das Kriegsende „von Westen die Befreier, von Osten die Besatzer“ kommen sieht.

Vor diesem Hintergrund konnte es sich folgerichtrig zum 60. Jahrestag des 8. Mai die FAZ leisten, die unsägliche Formulierung von einer „kurzen Rede von der Befreiung“ zu prägen – einer Befreiung „nur für die vom Nationalsozialismus Verfolgten, für die Juden“.

Michael Klundt ist zu danken für die geschichtsbildbezogenen Klarstellungen und Korrekturen, die er und die Autoren seines Buches vornehmen, und für das an vielen Beispielen verdeutlichte Aufzeigen konkreter Fälle und Tendenzen von Geschichtsbeugung, die in ihrer Gesamheit durchaus seine War-nung vor einem „geschichtspolitischen Paradigmenwechsel“ rechtfertigen.

Lücken

Einen von den erwähnten Totalitarismustheoretikern im Vorfeld des 60. Jahrestages ebenfalls vielfach bemühten Themenkomplex hat Klundt leider außen vor gelassen: das Problemfeld der Vertreibungen. Gerade weil sich die deutsche Linke traditionell schwer tut, zu diesem Komplex eine differenzierte Positon zu entwickeln, ist hier gründliche Nacharbeit erforderlich, damit nicht weiterhin die zweifelhaften vertreibungspolitischen Mythen konservativer Landsmannschaftler das Thema dominieren.

Gerade das Fehlen solcher Präzisierung aus demokratisch-historischer Sicht machte es mög-lich, dass die FAZ es zur Aufgabe des 60. Jahrestages erklären konnte, „den eigenen Gefallenen, Vermißten, zur Zwangsarbeit Verschleppten und bei der Vertreibung Umgekommenen ein würdiges Andenken zu bereiten.“

Und ein weiterer Aspekt hätte anlässlich des Gedenktages der Erwähnung bedurft: Die Tatsache nämlich, dass sich Deutschland wieder tatkräftig von der Losung „Nie wieder Krieg!“ entfernt – beginnend mit der Remilitarisierung der 50er Jahre und mit dem vorläufigen Höhepunkt der gewollten und aktiven militärischen Teilhabe an völkerrechtswidriger Kriegsführung im Kosovo.

Gerade diese Entwicklung und vor allem ihre Institutionalisierung in nationalem, europäischem und transatlantischem Maßstab, macht mahnende Stellungnahmen wie die von Michael Klundt vorgelegte so wichtig und unverzichtbar.

Michael Klundt (Hg.)
Ein Untergang als Befreiung.
Der 8. Mai 1945 und die Folgen
PapyRossa Verlag
Neue kleine Bibliothek 102,
268 Seiten
EUR 16,80; SFR 29,90
ISBN 3-89438-321-6

Oswald Pannes ■

Hitlers Volksstaat – eine hochinteressante These

Götz Aly ist Historiker, aber keiner von der etablierten Sorte. Derzeit ist er unterwegs, um sein Buch „Hitlers Volksstaat“ vorzustellen.

In seinem Vortrag betonte Aly, dass die Voraussetzung für seine Arbeit in den letzten Jahren eine Art Tabubruch war. Bisher hatten deutsche Historiker die Kollaboration in den vom Hitlerfaschismus eroberten europäischen Ländern nicht untersucht, weil sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wollten, Teile der Schuld für die Naziverbrechen andern anzuhängen. Nun aber sei die Situation in einigen Ländern erfreulich anders, insofern dortige Historiker selbst mit der Aufarbeitung dieses Themas begonnen haben. Aly hat sich dabei auf die finanziellen Aspekte konzentriert und ist zu bemerkenswerten Thesen gekommen.

Im Fall von Ungarn beispielsweise betrugen die Besatzungskosten, die von Deutschland gefordert wurden, 100% des ungarischen Staatshaushalts. Wie sollte man so viel Geld aufbringen? Durch Enteignung der Juden. In der Tat wurden die Juden in Ungarn in wenigen Monaten enteignet, deportiert und ermordet. Dieses Modell funktionierte in allen unterworfenen Ländern außer Belgien – Belgien weigerte sich, die Juden zu enteignen.

Eine weitere Einnahmequelle für den Staat waren die Zwangsarbeiter. Sie mussten hohe Steuern und Sozialbeiträge abführen. Darüber hinaus wurden die Gelder, die sie an ihre Familien zu Hause transferieren wollten, vom deutschen Staat einbehalten, und die besetzten Länder mussten diese Mittel zusätzlich aufbringen. Auf diese Weise kann und muss man wohl von einem „Gemeinnutzen“ der Zwangsarbeit sprechen – es ist nicht so, dass nur die Großindustrie aus ihnen Profit zog, sondern die gesamte Gesellschaft lebte zu einem beträchtlichen Teil auf ihre Kosten.

Aus diesem Grund hatte Aly, wie er erzählte, die Idee, dass auch Rentner, ebenso wie Unternehmen, in den Solidaritätsfonds für die Zwangsarbeiter einzahlen sollten. Als er diesen Gedanken in einem Leitartikel einer Berliner Zeitung entwickelte, kam es nach seinen Worten zu einer Art Pogromstimmung gegen ihn.

Warum erst jetzt?

Aly legt Wert darauf, dass durch seine Untersuchung die bisherigen Analysen nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Er sieht sich nicht als „zweiter Goldhagen", sondern als Wissenschaftler, der einen Beitrag zur Aufklärung leistet. Warum kommt man erst jetzt auf diese von ihm entwickelte Betrachtungsweise? Aly meint, dass die Zeit dafür erst kommen musste. Zunächst mussten offenbar die Verbrechen selbst untersucht werden, ehe man daran denken konnte, sie in ihren ökonomischen Zusammenhang zu stellen.

Im Verlauf der Untersuchung stellte Aly fest, dass viele Einrichtungen, die wir für Errungenschaften des Sozialstaates halten, tatsächlich aus der Kriegszeit des Nationalsozialismus stammen. So die Krankenversicherung für Rentner, die 1941 eingeführt wurde, oder das Kindergeld. Auch, dass Sonntags- und Überstundenarbeit sozialabgabenfrei wurden, stammt aus dieser Zeit. Die Faschisten waren sich darüber im Klaren, dass sie die Zustimmung oder Duldung breiter Volksmassen durch wirtschaftliche Maßnahmen sichern mussten – während im ersten Weltkrieg viele in Deutschland verhungerten, war das im Zweiten Weltkrieg nicht der Fall. Ein Element dabei war die Großzügigkeit, mit der den Soldaten an der Front erlaubt wurde, Feldpostpäckchen heimzuschicken und bei Heimaturlaub bis zu einem Zentner Lebensmittel usw. mitzunehmen (sog. „Schlepp-Erlass"). Selbst von der Leningrad-Front 1943 schickten die deutschen Soldaten noch mehr Päckchen nach Hause, als sie von dort empfingen. Dagegen ließ die deutsche Armee 2 Mio. russische Kriegsgefangene verhungern – alle verfügbaren Lebensmittel wurden für die deutsche Bevölkerung beansprucht.

Auch den Ehefrauen von Frontsoldaten ging es besser als vor dem Krieg, da sie 85% des früheren Nettolohns des Mannes erhielten – also weit mehr als ihren üblichen Anteil aus der Lohntüte –, und obendrein Ratenzahlungen usw. vom Staat übernommen wurden. Die Sozialleistungen wurden von 1939 auf 1940 verdoppelt und stiegen im nächsten Jahr noch einmal um 50%.

Dieses System konnte nur solange funktionieren, wie es immer wieder neue Eroberungen gab, die frische Raubzüge ermöglichten. Aly nannte das Finanzsystem des Nationalsozialismus ein betrügerisches Schneeballsystem; ein auffallendes Beispiel war bereits das Eintreiben von 1 Mrd. Reichsmark als sog. Buße von den Juden im Jahre 1938 – die Reichsbank war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr liquide.

Götz Aly: Hitlers Volksstaat
Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus
Verlag: S. Fischer Verlag GmbH
Preis: 22,90 Euro
ISBN: 3-10-000420-5

mif ■

:ostritt

„Ungarn rührt sich", titelt die Sudetendeutsche Zeitung. Es geht – was könnte es bei dem „Vertriebenen"-Pamphlet auch anderes sein – um den tschechoslowakischen Nachkriegspräsidenten Edvard Benes und seine Gesetzgebung. „Auch die in der Südslowakei beheimateten Ungarn", weiß das Blatt zu berichten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg „Opfer der rassistischen Benes-Dekrete". „Die tschechoslowakische Politik der Nachkriegszeit", heißt es weiter, „strebte in bezug auf die ungarische Minderheit nach einer Endlösung".

Die ungarischsprachige Minderheit in der Slowakei – „mehr als zehn Prozent der Bevölkerung" – wende sich klar gegen die Benes-Dekrete, schreibt die Sudetendeutsche Zeitung über den potentiellen Bündnispartner ihrer „Volksgruppe". „Eine Bürgerinitiative, die eine Wiedergutmachung für das Unrecht der Nachkriegszeit fordert, ist in der Slowakei bereits aktiv geworden", liest man weiter. Und sie hat eine starke Lobby: Die Strana Madarskej Koalicie (SMK, Partei der Ungarischen Koalition) gehört seit 1998 der Regierungskoalition in Bratislava an. Kürzlich verlangte sie, die slowakische Staatsspitze müsse sich für das so genannte „Kaschauer Regierungsprogramm" vom April 1945 entschuldigen. In dem Dokument wurden Grundlagen für die Umsiedlung festgelegt.

Nicht nur die ungarischsprachige Minderheit in der Slowakei, auch die ungarische Regierung in Budapest ist in puncto Geschichtsrevision und „Volksgruppen"-Politik höchst aktiv. Sie hat jetzt eine Gesetzesänderung beschlossen, die den ungarischsprachigen Minderheiten insbesondere in Rumänien, in der Ukraine und in Serbien neue Vorteile verschafft. Angehörige dieser Minderheiten können ab dem 1. Januar 2006 ein so genanntes „Nationalvisum" für Ungarn erhalten, erhalten leichteren Zugang zu Aufenthaltsgenehmigungen und verbesserte Einbürgerungsbedingungen. Die Budapester Regierung setzt damit eine Politik fort, die auch der deutschen „Volksgruppen"-Politik zugute kommt: Eine Politik der Begünstigung von „Auslandsungarn", wie sie Deutschland gegenüber den „Auslandsdeutschen" betreibt.

Nationalistische Verbände fordern in Ungarn inzwischen ganz offen die Revision der Pariser Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920. Erst vor wenigen Tagen demonstrierten in Budapest rund 5.000 Nationalisten gegen den Vertrag von Trianon, der im Jahr 1920 Teile des ehemaligen Ungarn an Rumänien, die Slowakei und Jugoslawien übertrug.

jk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Das Nein zur EU-Verfassung aus rechter Sicht

Junge Freiheit Nr. 22/05 vom 27. Mai 2005

Noch vor dem französischen Referendum führt das Blatt ein Interview mit *Nicolas Dupont-Aignan*, Mitglied der französischen Regierungspartei UMP, der ankündigt: „Das Volk stoppt die Verfassung." Er legt dar, warum die französische Rechte gegen die EU-Verfassung auftritt: „Sie unterschätzen die Gefahr, wenn Sie glauben, es ginge nur um die französische Souveränität – es geht um die Volkssouveränität an sich! Es geht um den Transfer der Souveränität vom Volk – wie sie in Gestalt der Nationalstaaten in den letzten zweihundert Jahren garantiert war – an eine Bürokratie. Es geht also um Grunde um nichts anderes als um die Rückkehr eines Ancien Régime. Was entsteht, ist eine nominelle Demokratie, die das Volk verwaltet, statt ihm zu dienen. Wir werden wieder Untertanen! ... Politische Freiheit muss auch gelebt werden, wer nur seinem Privatvergnügen nachgeht, der mag keinen Unterschied bemerken, aber dafür ist Europa 1789 nicht aufgebrochen ... 1789 bedeutet Freiheit für die Völker durch Nationalstaatlichkeit, jetzt wird Nationalstaatlichkeit und damit Freiheit abgebaut ... Was bedeutet das: vereintes Europa? Gibt es etwa ein europäisches Volk, das in den Grenzen eines gemeinsamen Staates zusammengeführt werden müsste, wie etwa einmal das französische Volk oder das deutsche Volk? ... Denn so ein nur behauptetes Volk widerspricht natürlich nie ... Tatsache aber ist, Europa ist kein Volk. Europa, das sind die Völker! Die Epoche der Nationenbildung ist in Europa abgeschlossen ... Den Prozess der „Völkerbildung" hin zur Fiktion eines „europäischen Volkes" weiter zu treiben, wäre eine Geschichtsverfehlung."

Dass die Herausbildung Frankreichs zu einem Staat 1789 längst abgeschlossen war, dass die französische Revolution mit der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" eine Verfassung geschaffen hat, in der das Staatsbürgerrecht alles andere als national war, berührt Dupont-Aignan nicht. Seine Argumentation für die Volkssouveränität betrachtet den Staatsbürger als Menschen, der der Nation untertan ist und nicht etwa für sein „Privatvergnügen" lebt. Diese Argumentation wendet sich gegen ein internationalistisches, interkulturelles Europa, in dem die sozialen Interessen Vorrang vor den angeblich nationalen haben.

Junge Freiheit Nr. 23/05 vom 3. Juni 2005

Das Blatt titelt mit „Merci beaucoup! Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich ist die Chance für ein anderes, besseres Europa". Der Österreicher *Andreas Mölzer,* für die FPÖ im Europaparlament, legt dar, wie die Vorstellungen der Nationalisten für eine europäische Verfassung sind und sucht dafür Bündnispartner: „Statt dessen wäre es hoch an der Zeit, dass nunmehr die Vorkämpfer und Verfechter des bereits zitierten anderen Europas ihre Strategie entwickeln und als Alternative für das offensichtlich gescheiterte bundesstaatliche Europa der abgelehnten Verfassung auf den Tisch legen. Da sind die Europapolitiker der Linken mit ihrer Gegnerschaft zur schrankenlosen Globalisierung und zum entfesselten Neoliberalismus mit ihrer nur zu berechtigten Kapitalismuskritik genauso gefragt wie die Euroskeptiker und Eurokritiker von rechts, die einen europäischen melting pot befürchten und nunmehr die Chance sehen, die nationalen Identitäten der europäischen Völker zu erhalten. Jene, die nach dem französischen Nein zur Verfassung die Chance erhoffen, den Einfluss der multinationalen Konzerne in Europa zurückdrängen zu können ... müssten dabei allerdings die Fähigkeit haben ... zu erkennen, dass eine Renationalisierung der Wirtschaft auch eine politisch-kulturelle Renationalisierung bedeuten müsste."

Mölzer schlägt einen europäischen Staatenbund vor, der durchaus eine gemeinsame Verfassung brauche. Seine Vorstellungen über den Zweck dieses Bundes knüpfen an die deutsch-österreichischen Vorstellungen eines imperialistischen Europas aus den letzten 150 Jahren an: „Denn eines ist klar, europäische Integration als Projekt der Friedenssicherung, als Projekt des Ausgleichs zwischen den einzelnen nationalen Interessen und auch als Projekt, die Europäer gemeinsam auf der Bühne der Welt und in der Geopolitik mit einer starken Stimme auftreten zu lassen, dies ist eine Sache, die massiv weiterbetrieben werden muss. Das Kunststück allerdings, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln ... will bewältigt werden." Friedenssicherung nach innen und „Geopolitik" nach außen – das ist in der Konsequenz ein europäisches Völkergefängnis, das antritt, die Weltmacht zu erringen. Gefährlich an Mölzers Argumentation ist, dass er offensichtlich hofft, in dieser Frage in ein Bündnis mit der Linken zu kommen.

In derselben Ausgabe gelingt es dem Blatt, ein Interview mit *Ernst Benda, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts* zu veröffentlichen, der so zu Reputation des Blattes beiträgt.

Junge Freiheit Nr. 24/05 vom 10. Juni 2005

In dieser Ausgabe begründet *Bernd-Thomas Ramb* die Ablehnung der europäischen Verfassung noch mal vom nationalistischen Standpunkt: „Bezüglich der europäischen Entwicklung sind diese klar erkennbar: keine grenzenlose Erweiterung und keine identitätsraubende Vertiefung. Das heißt insbesondere Beibehaltung der nationalen Verfassungen, Option auf eine Rückkehr zur nationalen Währung, Abwehr des Beitritts außereuropäischer Staaten, Bewahrung der nationalen Identität, Verhinderung der finanziellen Ausbeutung und Abschaffung der bürokratischen Monstrosität. Unübersehbar ist auch der Wunsch der Bevölkerung, am Abstimmungsprozess häufiger, stärker und direkt beteiligt zu sein. Das gilt vornehmlich für das größte Volk der EU, die Deutschen ... Ein Festhalten an der alten EU-Politik mit den überzogenen Inhalten und den demokratiefeindlichen Verfahren kann jedoch nur zum endgültigen Scheitern der Europäischen Union führen."

Heinrich Wilhelm Ronsöhr, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, und Gegner der EU-Verfassung, der stolz auf den Vormarsch der Konservativen ist, erklärt in der Ausgabe: „Heute ist es doch zum Beispiel wieder möglich, zu sagen, dass man stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein. Oder denken Sie an den von der Union aufgestellten Bundespräsidenten Horst Köhler, der an seiner patriotischen Motivation keinen Zweifel lässt. Ich fühle mich als Konservativer in der heutigen Zeit besser aufgehoben als noch vor 25 Jahren." *uld* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507